

Wie westlich sind die Deutschen?

Von Anselm Doering-Manteuffel
in Verbindung mit Julia Angster, Michael
Hochgeschwender, Gudrun Kruip und Thomas Sauer

Die Frage zu stellen, wie westlich die Deutschen seien, ruft bisweilen Verwunderung hervor, denn in der Bundesrepublik gilt es als ausgemacht, daß unser Staatswesen und seine Gesellschaft selbstverständlich integrierte Bestandteile ›des Westens‹ bilden. Diese Auffassung wird auch nach der Vereinigung mit Land und Leuten der ehemaligen DDR nicht in Zweifel gezogen. Das politische System, die Wirtschaftsordnung und sämtliche Bündnisstrukturen weisen Deutschland in der Tat als ein festes Element der westlichen Welt aus. Skeptische Stimmen, die eine neue Orientierung aus der Tradition des deutschen kulturellen Sonderbewußtseins in der Gesellschaft der Bundesrepublik nach 1990 wahrzunehmen meinen oder sie sogar einfordern, finden nicht viel Resonanz. Dies mag unter anderem daran liegen, daß beide Formen der Skepsis auf allzu undifferenzierten Grundannahmen beruhen. Die Kritiker bundesrepublikanischer Westlichkeit tendieren häufig zu globalen politischen Vorstellungen, die aus Deutschlands geographischer Mittellage ideelle Folgerungen deduzieren; deren Gegner wiederum neigen dazu, die politischen und kulturellen Normen aus den Jahrzehnten des Ost-West-Konflikts als überzeitlich zu postulieren und somit dem historischen Umbruch von 1989/90 zu wenig historisches Gewicht zuzuerkennen. Praktisch gesehen scheint die Stabilität der parlamentarischen Demokratie derzeit den Argwohn nicht zu rechtfertigen, daß die »Offensive der Antiwestler« der deutschen Gesellschaft ins Mark gehen könne.¹

Und doch: Deutschlands ›Westlichkeit‹ unterliegt einem Wandel, der seit 1990 offenbar nur verstärkt wahrgenommen wird. Tatsächlich ist dieser Wandel schon seit den siebziger Jahren in Gang, und er läuft auch nicht auf eine Abkehr Deutschlands vom ›Westen‹ hinaus, sondern auf die Transformation von politisch-ideellen Wertorientierungen, welche die Nachkriegsjahrzehnte besonders stark geprägt haben. Da aber Deutschlands ›Westlichkeit‹ nach 1945 ein Kennzeichen allein der Bundesrepublik war und die DDR dieser,

¹ Vgl. Rainer ZITELMANN u.a., *Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland*, Berlin 1993; Dan DINER, *Verkehrte Welten. Antiamerikanismus in Deutschland*, Frankfurt a.M. 1993; Richard HERZIGER/Hannes STEIN, *Endzeit-Propheten oder Die Offensive der Antiwestler. Fundamentalismus, Antiamerikanismus und Neue Rechte*, Reinbek 1995.

entsprechend der Logik des Kalten Krieges, ihre eigene ›Antiwestlichkeit‹ entgegenstellte, wird der ohnehin in Gang befindliche Transformationsprozeß bestimmter politischer und ideeller Wertvorstellungen in der deutschen Gesellschaft nach der Vereinigung notwendigerweise verstärkt.

Um die immanente Logik dieses Prozesses verstehen zu können, ist es hilfreich, das Wurzelgeflecht näher zu betrachten, in dem die ›Westlichkeit‹ der Bundesrepublik Deutschland verankert ist. Denn es handelt sich hier nicht um den zeitgeschichtlichen Ausdruck des historischen Grundsachverhalts, daß Deutschland als Land in der Mitte Europas mit Westeuropa eng verzahnt ist und daß sich die geistigen und kulturellen Einflüsse stets miteinander vermischen, weil die Strömungen sowohl von West nach Ost als auch von Ost nach West verlaufen. Die spezifische Form bundesdeutscher Westlichkeit entstand vielmehr nach 1945 als Reaktion auf die NS-Herrschaft und den Zweiten Weltkrieg, als Produkt der Besatzungspolitik der westlichen Siegermächte einerseits und der politischen Westorientierung aller Bundesregierungen seit Konrad Adenauer andererseits sowie als Reaktion auf die fanatische Abgrenzung der Nationalsozialisten gegen alles ›Undeutsche‹. Zu den endogenen Faktoren, welche diesen Verlauf begünstigten, gehörten sicher auch Prozesse gesellschaftlicher Modernisierung, die gesteigerte soziale Mobilität in der Nachkriegszeit, Technisierung und Urbanisierung, deren Folgen man mit dem US-amerikanischen Modell am wirksamsten begegnen zu können glaubte. Wichtige gesellschaftliche Gruppen suchten also aus eigenem Antrieb, ohne den Druck der Besatzungspolitik, Orientierung am westlichen Vorbild. Und dieses Vorbild waren die USA, das damalige Musterland an Modernität, Zivilität, Macht und Wohlstand und zugleich der machtvolle Schutz gegen den bedrohlichen Sowjetkommunismus.²

Zugleich dürfen exogene Kausalitäten aber nicht außer acht gelassen werden. Im Rahmen des Kalten Krieges, der ja auch ein Ringen zweier konkurrierender Hegemonialsysteme war, aus deren Konflikt auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs ein erheblicher gesellschaftlicher Konformitätsdruck resultierte, hatten die USA als Hegemon des westlichen Lagers ein legitimes Interesse daran, den eigenen Machtbereich systematisch und intentional zu konsolidieren. Dies geschah auf allen denkbaren Ebenen, militärisch, wirtschaftlich und sozial, aber eben auch im ideell-kulturellen Bereich. Der Transfer westlich-liberaler Werthaltungen, der sich in der Regel auf dem Wege von sehr flexiblen ideologischen Angeboten vollzog, war ein notwendiger Bestandteil der Flankierung politischer und wirtschaftlicher

² Siehe dazu das Kapitel »Zur Orientierung an den USA und zum Stellenwert der ›Amerikanisierung‹« bei Axel SCHILDT, *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und »Zeitgeist« in der Innenpolitik der 50er Jahre*, Hamburg 1995, S. 398–423.

Hegemonie der USA; er war ferner kulturelle Hegemonie³ zumindest seitens der wichtigsten US-amerikanischen ideologischen Strömungen, insofern es nicht darum ging, die US-amerikanischen Angebote unter Druck durchzusetzen. Die USA nahmen nationale und weltanschauliche Residuen stets in Kauf, wenn zugleich ausreichende Folgebereitschaft bei weiten Teilen zumindest der intellektuellen und politischen Eliten der betroffenen Länder vorhanden war. Folgerichtig setzten sie bei dem Bemühen, ihre ideellen Angebote durchzusetzen, nicht selten auf indirekte Transfermaßnahmen, wobei transnational agierenden Organisationen eine besonders herausragende Rolle zukam.

Die Frage nach der Westlichkeit der Deutschen in der Gegenwart respektive der jüngeren Zeitgeschichte richtet sich also auf eine spezifische, aus den Zeitumständen bedingte Form der politisch-ideellen, wirtschaftlichen und kulturellen Hinwendung zum amerikanisch dominierten Westen nach dem Zweiten Weltkrieg und auf die Art und Weise der Anverwandlung amerikanisch geprägter Vorstellungen über die innere Ordnung und die Werthaltungen einer modernen Massengesellschaft im ›amerikanischen Jahrhundert‹.

Die zeithistorische Forschung hat bisher überwiegend auf zwei Ebenen die Einflußnahme der westlichen Siegermächte und insbesondere der Amerikaner auf die Deutschen untersucht. Auf der einen Ebene gilt das Augenmerk zunächst der Besatzungspolitik im engeren Sinne, der politischen Neuordnung, Wirtschaftsorganisation, Umerziehung, Bildungspolitik sowie späterhin – für die Zeit ab 1949 – der Ausgestaltung des westlichen Bündnisses unter Einfluß der Bundesrepublik. Auf der anderen Ebene werden die Einflüsse untersucht, welche die materielle Präsenz der Amerikaner hier im Land auf das Alltagsleben und die Popularkultur ausübte.⁴

Dies war die Ebene, auf der fast unvermittelt am Beginn der achtziger Jahre intensive Forschungsaktivitäten zum Phänomen der ›Amerikanisierung‹ in mehreren Ländern Westeuropas nahezu gleichzeitig einsetzten. In Holland, Frankreich, Großbritannien, Österreich und schließlich Deutschland erwachte ein Interesse zuerst an der materiellen, dann auch an der ideellen Dimension von ›Amerikanisierung‹ in den westeuropäischen Ge-

3 Im strengen Sinne meint der vermutlich von Antonio Gramsci erstmals verwendete Begriff der ›kulturellen Hegemonie‹ eine Vorherrschaft auf kultureller Ebene, die gerade nicht äußeren Druckes bedarf, sondern auf der Folgebereitschaft weiter Kreise der Bevölkerung basiert. Der zugrundeliegende Kulturbegriff ist mit dem weitgefaßten angelsächsisch-kulturanthropologischen Verständnis von Kultur nahezu identisch.

4 Ausführlich und mit detaillierten Nachweisen ist dies behandelt bei Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Dimensionen von Amerikanisierung in der deutschen Gesellschaft*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 35 (1995), S. 1-34.

sellschaften.⁵ Das wissenschaftliche Interesse richtete sich allenthalben auf den Kontext jenes tiefgreifenden soziokulturellen Wandels der westeuropäischen Gesellschaften, der von den vierziger bis zu den sechziger Jahren erfolgte und zur mehr oder weniger stark ausgeprägten Anverwandlung atlantischer, insbesondere US-amerikanischer Kulturmuster führte. Es galt ebenso den Ideen, die während der Kernzeit der westeuropäisch-atlantischen Integrationspolitik die Diskussion über soziopolitische Ordnungsvorstellungen hinsichtlich ›Modernisierung‹ und ›Fortschritt‹ in der Systemkonkurrenz mit dem kommunistischen Block beeinflussten. Die überraschende Intensität und internationale Verbreitung dieses Forschungsinteresses im Verlauf der achtziger Jahre mochte damit zusammenhängen, daß damals jene Generation an den Hochschulen tätig wurde, deren Jugendzeit mit der Periode der stärksten, überwiegend positiv empfundenen Präsenz der USA in Westeuropa zusammenfiel und die nun nach den Zusammenhängen der eigenen soziokulturellen Prägung und der generationentypischen Wertorientierungen fragte. Aus der Rückschau wird heute allerdings auch die zeitliche Nähe dieser Fragestellungen zum allmählich zu Ende gehenden Ost-West-Konflikt erkennbar. In den Jahren der Debatte über die NATO-Nachrüstung wurde die amerikanische Sicherheitspolitik im westlichen Bündnis – verstärkt durch die Propaganda in Teilen der Friedensbewegung – vielfach als bedrohlich empfunden; seit 1985/86 verdichtete sich, wenn auch recht undeutlich, obendrein das Gefühl, daß sich die USA von Westeuropa mehr und mehr abwendeten. Ein Grundmuster der Nachkriegspolitik schien sich aufzulösen; das wurde eher verspürt als reflektiert wahrgenommen. Aber dieses Gefühl verbreitete sich zum einen in den Kreisen jener Kritiker der USA, die schon seit den siebziger Jahren beim Blick auf Amerika eher den Kapitalismus und Imperialismus der Vereinigten Staaten anprangerten und am Beginn der achtziger Jahre im Sinne interessierter Gruppen der Friedensbewegung gegen die amerikanische Politik redeten. Dieses Gefühl verbreitete sich ebenso auch unter den eher atlantisch gesinnten Befürwortern der bundesdeutschen Westorientierung, die in der amerikanischen Präsenz in Deutschland und Europa die Gewähr für die Stabilität des politischen und ökonomischen Gefüges sowie der Verfassungsordnung und Geltung der Grundwerte erblickten.

⁵ Rob KROES (Hrsg.), *Image and Impact: American Influences in the Netherlands since 1945*, Amsterdam 1981; Denis LACORNE/Jacques RUPNIK/Marie-France TOINET (Hrsg.), *L'Amerique dans les Têtes. Un Siècle de Fascinations et d'Aversions*, Paris 1986; David REYNOLDS, *Whitehall, Washington and the Promotion of American Studies in Britain during World War Two*, in: *Journal of American Studies* 16 (1982), S. 165-188; DERS., *Rich Relations. The American Occupation of Britain, 1942-1945*, London 1995; Reinhold WAGNLEITNER, *Coca-Colonisation und Kalter Krieg. Die Kulturmission der USA in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg*, Wien 1991.

Solcher Zeitgeist drängte die Frage nach der Genese jener westeuropäisch-amerikanischen Wertegemeinschaft, die jetzt offenbar zu Ende ging, förmlich auf; auch die weitere Frage nach den Amerikanisierungseinflüssen auf Massenkultur und Alltagswelt bekam dadurch eine ganz aktuelle Bedeutung. Es bedurfte nicht erst der ›Wende‹ von 1989, um den Entstehungsbedingungen einer amerikanisch geprägten Wirklichkeit in der westdeutschen Gesellschaft verstärkt nachzuspüren. Die Ahnung von einer fundamentalen Veränderung in den Ost-West-Beziehungen und, damit zusammenhängend, ein spürbares Nachlassen des Zwangs zur Kohärenz innerhalb der Blöcke ließen vielmehr die beiden Nachkriegsjahrzehnte in einem veränderten Licht erscheinen: Die Zeit nach 1945 erwies sich plötzlich als eine Vergangenheit, deren Bezug zur Gegenwart nicht mehr klar zu erkennen schien.

Dem geistigen Klima jenes knappen halben Jahrzehnts vor der ›Wende‹ entstammt denn auch der gedankliche Ansatz eines zeitgeschichtlichen Forschungsprojekts, über dessen Fragerichtung und analytischen Ertrag dieser Beitrag informieren soll. Unter dem Titel ›Westernization‹ wurde die politisch-ideelle Entwicklung in Westdeutschland von den vierziger bis zu den sechziger Jahren im Hinblick auf solche Amerikanisierungstendenzen untersucht, die nicht entweder bloß im Bereich der Warenwelt und der Alltagskultur anzutreffen oder als direktes Ergebnis der amerikanischen Besatzungs- und Umerziehungspolitik anzusprechen waren. Das Forschungsinteresse galt vielmehr verschiedenen, einigermaßen klar umgrenzten Gruppen, deren gesellschaftliche Einflußnahme und Multiplikatorenfunktion offenkundig war, jedoch nicht oder nicht primär auf amerikanische Veranlassung hin erfolgte.⁶

Im Zentrum der Untersuchungen stand die Frage nach der kulturellen Hegemonie, die die USA über die westeuropäischen Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg auszuüben suchten. Gewiß, ohne den Antikommunismus der westlichen Demokratien und die ideologisch stimulierte Angst vor der sowjetischen Bedrohung wäre die Bereitschaft zur Akzeptanz amerikanischer Wertvorstellungen über gesellschaftliche Ordnung und politische Kultur weniger verbreitet gewesen. Aber diese Bereitschaft zur Akzeptanz ist ein historisches Faktum. Das gilt in besonders ausgeprägtem Maß für Westdeutschland, wo gerade auch der bürgerliche Konservatismus nicht nur eine entschiedene Hinwendung zur parlamentarischen Demokratie vollzog, sondern zu einem gewichtigen prozentualen Anteil die demokratischen Wertvorstellungen von Freiheit, Eigentum und Selbstbestimmung

⁶ Vgl. dazu A. DOERING-MANTEUFFEL, *Dimensionen* (wie Anm. 4), S. 25-34. Das Projekt wird seit 1992 am Seminar für Zeitgeschichte in Tübingen durchgeführt und von der Volkswagen-Stiftung gefördert.

des Individuums gerade in ihrer amerikanischen Lesart sich anverwandelte.

Die amerikanischen Bestrebungen, in Deutschland eine kulturell hegemoniale Stellung einzunehmen und die gesellschaftlichen Ordnungskonzepte zu beeinflussen, richteten sich indessen nicht in erster Linie auf bürgerliche Gruppen oder Parteien, sondern auf die SPD und die Gewerkschaften. Die Gründe dafür lagen in dem starken Einfluß, welchen der amerikanische Linksliberalismus in der Epoche des New Deal auf die Politik der USA ausgeübt hatte. Dieser Einfluß bestimmte auch noch in der Nachkriegszeit das Weltbild und die Wertvorstellungen einer Gruppe von amerikanischen Intellektuellen, die sowohl in der Besatzungspolitik als auch im transatlantischen Kulturaustausch tätig waren. Sie förderten in der SPD und in den Gewerkschaften jene Kräfte, die sich in der ideologischen und sozial-ökonomischen Wertorientierung dem amerikanischen linksliberalen Denken gegenüber aufgeschlossen zeigten und damit eine gewisse Abgrenzung zur ideologischen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung vollzogen sowie deutliche Distanz zum prononcierten Nationalismus der SPD unter Kurt Schumacher bekundeten. Die Vorstellungen von liberaler Demokratie, welche im amerikanischen Verständnis in den Diskussionen über soziale Ordnungsmodelle und gesellschaftliche Reform zur Geltung kamen, wurden deshalb in besonderem Maß von den westlich orientierten Kräften in der SPD und den Gewerkschaften, für die prototypisch Willy Brandt genannt werden muß, aufgegriffen und politisch umgesetzt. Darüber hinaus aber und auf breiter Front wirkte der Einfluß solcher Vorstellungen auf jene Menschen in der Bundesrepublik ein, die die soziokulturellen Gegebenheiten in der Ära Adenauer als Beharrung und Stagnation wahrnahmen und deshalb auf Reform und Emanzipation drängten.

Sehr verkürzt gesagt, war der amerikanische Einfluß auf der politisch-ideellen Ebene – der Einfluß intellektueller Provenienz –, der in Deutschland zur Wirkung kam, von 1945 an in *einem* wesentlichen Strang linksliberal geprägt. Dieser Tatbestand wurde infolge der weltpolitischen Gegebenheiten zunehmend vom Antikommunismus überdeckt, und zwischen 1952 und 1957 waren die früheren geistigen Impulse zeitweilig kaum noch spürbar. Gleichwohl, die bereitwillige Westorientierung breiter Teile der bundesrepublikanischen Gesellschaft vom Kriegsende an wirkte sich in einem Zeitraum von etwa zwei Jahrzehnten auch dahin aus, daß vornehmlich von jüngeren Intellektuellen in den sechziger Jahren Reformdruck und Emanzipationsverlangen gewissermaßen nach amerikanischer Grammatik artikuliert wurde. Die ›linke‹ Phase in der politischen und kulturellen Entwicklung der alten Bundesrepublik seit den späten sechziger Jahren erhielt ihre Schubkraft und bezog ihr spezifisches inhaltliches Profil ganz wesentlich aus westlich-amerikanischen Einflüssen. Daß sich die linke Kritik am westlichen Kapi-

talismus und am amerikanischen Imperialismus in Vietnam dann gegen die USA als Staatswesen richtete, widerspricht dem nicht. Es verweist vielmehr auf den Sachverhalt, daß dieser Prozeß der deutschen ›Verwestlichung‹ seit 1945 an der Wende von den sechziger zu den siebziger Jahren abgeschlossen war und sich die Entwicklung auf der Grundlage des Gewordenen nunmehr selbständig vollzog.

Wo die Westorientierung der Bundesrepublik und die Anbindung an den politischen Seniorpartner USA die Parteiräson bestimmte, wie das für die CDU unter Adenauer und Erhard galt, verlief die ›Westernisierung‹ anders. Die CDU-nahen Kräfte in der deutschen Gesellschaft vollzogen die Hinwendung zu den USA vorwiegend als politische Entscheidung, mit der man sich an die äußeren Gegebenheiten anpaßte. Die USA boten Schutz vor der sowjetischen Bedrohung, sie garantierten eine Verfassungsordnung, in der das Recht des – allerdings personal interpretierten – Individuums und das Privateigentum verbürgt waren. Diese grundsätzlich proamerikanische Haltung war der politischen Großwetterlage angepaßt. Zugleich aber bestand für die Menschen in diesem Kontext keine Veranlassung, sich jenen gesellschaftspolitischen und soziokulturellen Ordnungsvorstellungen stärker zu öffnen, die aus dem Umfeld des amerikanischen Linksliberalismus stammten und ihren Adressaten in der Sozialen Demokratie suchten. Deshalb blieben sie jenen ›linken‹ Einflüssen gegenüber unzugänglich. Und der bürgerliche Konservatismus, den Konrad Adenauer repräsentierte, besaß in der amerikanischen Mittelschicht ein breites, wenn auch weltanschaulich nicht im strengen Sinn identisches Widerlager und wurde in der schärfsten Spannungsphase des Kalten Krieges auch von Politikern wie Eisenhower und Dulles repräsentiert.

Zur sukzessiven ›Westernisierung‹ der westdeutschen Bevölkerung gehört deshalb eine Entwicklung hinzu, die weniger theoretisch und ideologisch, sondern stärker praktisch und interessenpolitisch charakterisiert war. Das war die Hinwendung zu den USA als der führenden Macht im westlichen Bündnis. Soweit Deutschland ein Partner in diesem Bündnis sein durfte, verstand es sich deshalb fast selbstverständlich, daß die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Normen, die man deutscherseits mit Amerika assoziierte, auch hierzulande allgemeinverbindliche Werte bildeten. In unserem Forschungsprojekt fanden wir unter den bürgerlichen Elitezirkeln, die näher untersucht wurden, eine solche Einstellung als dominierendes Muster. Man kann dies als den *anderen* wesentlichen Strang des amerikanischen Einflusses auf die ideelle Westorientierung der deutschen Bevölkerung bezeichnen.

Was hat das für Konsequenzen für die Westlichkeit der Deutschen heute? Es erscheint symptomatisch, daß nach einer Allensbacher Meinungsumfrage vom März 1996 in den neuen Bundesländern vor allem die CDU-Wähler

die Grundwerte der Bundesrepublik Deutschland stützen.⁷ Diese Grundwerte betreffen die ›Freiheitliche Demokratische Grundordnung‹, wie sie im Grundgesetz unter Aufsicht der Westmächte festgelegt wurde, und die Wertvorstellungen hinsichtlich des westlichen politischen und wirtschaftlichen Systems, welches unter den Einwirkungen amerikanischer Hegemonie seine Konturen ausbildete. In Westdeutschland stützen mindestens die klassischen Parteien der BRD-Geschichte CDU/CSU, SPD und FDP die Grundwerte; für die große Mehrzahl ihrer Wähler darf diese Feststellung ebenso getroffen werden. Die Parteien repräsentieren unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte, die in der einen oder der anderen hier skizzierten Form eine Phase der US-amerikanisch veranlaßten ›Westernisierung‹ durchlaufen haben. In Ostdeutschland repräsentiert die CDU den Wertekodex der alten Bundesrepublik, nicht nur deshalb, weil es sich um die gegenwärtige Regierungspartei im Bund handelt, sondern weil die CDU auf Grund ihrer Entstehungsgeschichte schlechthin ›die Partei der BRD‹ ist: Ihre Parteitradition ist um die Staatsgründung in Westdeutschland herumgruppiert, eine zusammenhängende Vorgeschichte gibt es eigentlich nicht. Die SPD in Ostdeutschland hingegen kann sich auf Traditionen und Werthaltungen einer langen Parteigeschichte beziehen und dabei die BRD-Phase der Sozialdemokratie, mithin auch deren ›Westernisierung‹, nahezu ausblenden; damit gerät die Orientierung an den Grundwerten der Bundesrepublik Deutschland leicht in den Schatten. Dazu mag auch die nach 1968/69 erkennbar werdende Reideologisierung der West-SPD einen gewissen Beitrag geleistet haben, wurde dadurch doch ein wesentliches Element strategischer US-amerikanischer Einflußnahme auf die deutschen politischen Eliten, das in den sechziger Jahren unter dem Stichwort des »Endes der Ideologie« firmierte, deutlich relativiert. Und die PDS muß ein Interesse daran haben, gerade die nichtwestlichen Möglichkeiten und Tendenzen in der ostdeutschen SPD aktiv zu fördern. Somit scheint sich eine neue Entwicklung abzuzeichnen: Die Elemente in der deutschen Westlichkeit, die sich infolge der amerikanischen kulturellen – zu schweigen von der politischen und wirtschaftlichen – Hegemonie herausgebildet haben und schon seit den siebziger Jahren einer sukzessiven Umformung innerhalb der deutschen Gesellschaft ausgesetzt waren, werden verstärktem Veränderungsdruck ausgesetzt sein. Das muß kein Schade sein, denn an der grundsätzlichen Westlichkeit Deutschlands dürfte solange nicht realistisch zu zweifeln sein, wie die Einbindung in die bestehenden Bündnissysteme gewährleistet ist.

⁷ Elisabeth NOELLE-NEUMANN, *Die Einsamkeit der CDU-Wähler im Osten. In den neuen Bundesländern stützen sie nahezu allein die Grundwerte*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. April 1996.

Auf den folgenden Seiten werden aus dem Kontext des Forschungsprojekts zur politisch-ideellen Westorientierung der Bundesrepublik in den fünfziger und sechziger Jahren zunächst die Begriffsbestimmungen des Terminus ›Westen‹ skizziert, um ihn als analytische Kategorie handhabbar zu machen (I: Deutsche Tradition und westliches Denken / Gudrun Kruij). Es folgt ein Überblick über die Entstehung und Eigenart des amerikanischen Selbstverständnisses, welches sich im Linksliberalismus seit den dreißiger Jahren ausformte (II: Die ›amerikanische Mission‹ / Michael Hochgeschwender). In den beiden folgenden Abschnitten werden Reaktionen gesellschaftlicher Gruppen in der Bundesrepublik auf das ›Angebot des Westens‹ skizziert. So gab es auf der einen Seite ausgesprochene Protagonisten ›westlicher‹ Wertvorstellungen (III: Das Angebot des Westens und seine deutschen Protagonisten / Julia Angster) und auf der anderen Seite prononcierte Kräfte der Beharrung ebenso wie Residuen bemerkenswerter Resistenz (IV: Kräfte der Beharrung und die Resistenz von ›deutschen‹ Werten / Thomas Sauer).

I. Deutsche Tradition und westliches Denken

Zur Einbettung der einzelnen Themen, die innerhalb des Forschungsprojekts ›Westernization‹ gezielt untersucht wurden, stellte sich zunächst die Frage, wie der Begriff ›Westen‹ inhaltlich zu bestimmen sei. Als gemeinsamer analytischer Bezugsrahmen erschien eine möglichst präzise Definition dieser zentralen Interpretationskategorie als unerlässlicher Hintergrund, um die jeweiligen Forschungsergebnisse in ihre spezifischen geistesgeschichtlichen Traditionsstränge einzubetten und so zu bestimmen, welche Werte nach 1945 tatsächlich neu übernommen wurden, welche älteren Leitbilder weitgehend unverändert weiterwirkten und inwieweit sich unterschiedliche Positionen anglichen oder miteinander verschmolzen.

Der Begriff ›Westen‹ hat eine doppelte Bedeutung: Zum einen handelt es sich um eine geographische Angabe, zum anderen steht er seit über hundert Jahren für ein bestimmtes Wertesystem. Während des Kalten Krieges differenzierte kaum jemand zwischen diesen beiden Bedeutungen; ob ein Land dem ›doppelten Westen‹ angehörte war relativ eindeutig festgelegt durch seine Mitgliedschaft in den jeweiligen politischen und militärischen Bündnissystemen.⁸ Seit 1989 reicht diese Definition jedoch nicht mehr aus. Der ideologische Gegenpol des ›Ostens‹ fiel weg; ursprünglich zum ›Osten‹ gehörende Länder drängen in die westlichen Bündnissysteme. Das Bewußtsein einer besonderen Stellung Deutschlands als Mittler zwischen Ost und West aufgrund der geopolitischen Lage des Landes in der Mitte

8 D. DINER, *Verkehrte Welten* (wie Anm. 1), S. 118.

Europas erhält wieder verstärkt Auftrieb, ebenso die Rückbesinnung auf die geistesgeschichtlichen Strömungen von Romantik und Idealismus.

Eine wichtige Grundlage für die Wertegemeinschaft des Westens ist demgegenüber die europäische Aufklärung und damit die Bedeutung der Vernunft und der Wert des einzelnen Individuums; gemeinsame Traditionen werden außerdem in der griechischen Antike und dem Christentum gesehen. Diese Wurzeln skizzieren bereits im Groben das Wertesystem des Westens und schließen zugleich Länder wie Japan aus, die zwar gelegentlich ›auf dem Weg nach Westen‹ gesehen werden, diese geistesgeschichtlichen Grundlagen aber in keiner Form teilen. Der ›Weg nach Westen‹ dieser Länder bedeutet vielleicht die Übernahme westlicher Wirtschafts- und Politikprinzipien, nicht jedoch zwangsläufig die Eingliederung in die ursprünglich dazugehörige Wertegemeinschaft. Schon aus diesen kurzen Bemerkungen ergibt sich, daß ›Westen‹ im hier gemeinten Sinn nicht schlechthin mit einem militärischen, politischen oder wirtschaftlichen Bündnissystem identisch sein kann, sondern eine primär ideelle Größe darstellt, deren reale Handlungsfähigkeit wiederum nicht mit den von ihr geteilten Werten in eins fällt.

Dennoch ist die Zugehörigkeit zu dieser Wertegemeinschaft keineswegs für immer festgelegt, sondern flexibel. Dies zeigen zum einen die Überlegungen zu Japan, die oft implizieren, der asiatische Staat übernehme auf die Dauer eben doch die westlichen Ideale, zum anderen die Diskussionen um den angeblichen Sonderweg der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert.⁹ Der Diskussion um den deutschen Sonderweg lag die Annahme zugrunde, es gebe einen Normalweg, den alle zivilisierten Länder der westlichen Wertegemeinschaft gingen – und auch gehen mußten. Die Besonderheiten jedes einzelnen Landes wurden zuwenig beachtet. Jeweilige nationale Spezifika schließen natürlich die prinzipielle Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Wertesystem nicht aus. In jedem Land vermischen sich verschiedene Traditionsstränge; ursprünglich fremde Werte und Verhaltensweisen werden übernommen, allerdings nicht unkritisch kopiert, sondern den Bedingungen im eigenen Land angepaßt. Doch in Deutschland führten die historischen Bedingungen und Denkmuster dazu, daß sich vor 1945 die Führungsschicht des Landes in der Regel selbst in Frontstellung zur westlichen Wertegemeinschaft sah und glaubte, ein besseres Gegenmodell bieten zu können. Die Überzeugung, daß am ›deutschen Wesen die Welt genesen‹ solle, spiegelt das Selbstbewußtsein wider, das nach dem Zweiten Weltkrieg in der Kritik der Alliierten an diesem deutschen Wesen resultierte und seine Umerziehung

⁹ Johann Baptist MÜLLER, *Deutschland und der Westen*, Berlin 1989; Nicolai HAMMERSEN, *Politisches Denken im deutschen Widerstand. Ein Beitrag zur Wirkungsgeschichte neokonservativer Ideologien 1914-1944*, Berlin 1993, S. 90-262.

zu den als allgemeingültig verstandenen westlichen Werten vordringlich erscheinen ließ.¹⁰

Die Überzeugung, daß es einen einheitlichen Weg der westlichen Länder und ein für alle gültiges Wertesystem gebe, ging im wesentlichen von Amerika aus.¹¹ Mitte des letzten Jahrhunderts entstand dort die Theorie des ›manifest destiny‹ der USA: Das eigene Wertesystem wurde als universal erachtet und die Aufgabe Amerikas darin gesehen, die Menschheit damit zu beglücken.¹² Das konnte entweder durch das eigene Vorbild geschehen oder durch militärische und ökonomische Interventionen. Die sogenannten westlichen Werte werden aufgrund dieser erzieherischen Mission der USA daher oft als ›amerikanische‹ Werte gesehen, obwohl sie auch durch die Französische Revolution mitgeprägt wurden. Allerdings waren viele der Ideen von 1789 bereits im Rahmen der Amerikanischen Revolution vorgedacht worden und hatten in der Unabhängigkeitserklärung sowie in der Verfassung der USA eine erste schriftliche Form gefunden. Schon dort wurden die Menschen- und Bürgerrechte für universal erklärt und das Recht auf Selbstbestimmung eingefordert. Als ›Land der unbegrenzten Möglichkeiten‹ war Amerika für viele in Europa vor allem in Krisenzeiten das verlorengegangene Paradies. Das förderte dort – insbesondere nach 1945 – die weitgehende Akzeptanz der selbstaufgelegten Führungsrolle der Vereinigten Staaten, obwohl weiterhin Kritik an amerikanischen Werten und Lebensformen existierte. Für Deutschland bestimmt Dan Diner die Haltung zu den USA sogar als »Indikator für die Verwestlichung«¹³ und impliziert damit, daß die Deutschen erst durch die Zäsur des Jahres 1945 ihren Weg in die westliche Wertegemeinschaft gefunden haben.

10 Kurt JÜRGENSEN, *The Concept and Practice of »Re-Education« in Germany 1945-50*, in: Nicholas PRONAY/Keith WILSON (Hrsg.), *The Political Re-Education of Germany and her Allies after World War II*, London 1985, S. 83-96.

11 Damit ist selbstredend nicht gemeint, daß die französische Revolution nicht auch maßgeblich daran beteiligt war, ein bestimmtes Verständnis von ›Westen‹ mit auszuprägen. Dennoch – unter den konkreten politischen, ökonomischen, sozialen und militärischen Bedingungen der frühen Nachkriegszeit bis weit in die sechziger Jahre hinein erwies sich die angelsächsische Variante des Aufklärungsgedankengutes als weitaus relevanter als alle vergleichbaren Modelle. Von daher erscheint es zulässig, vor allem Entstehung und Folgen des angelsächsischen Musters von Westlichkeit zu untersuchen, wenn man sich der Ideengeschichte der frühen Bundesrepublik zuwendet.

12 Der Begriff des ›Manifest Destiny‹ und die Ausformulierung der dahinterstehenden Idee geht wesentlich auf John L. O'Sullivan zurück. Vgl. John L. O'SULLIVAN, *On Texas Annexation and Manifest Destiny, 1845*, in: Sean WILENTZ (Hrsg.), *Major Problems of the Early Republic, 1787-1848. Documents and Essays*, Lexington 1992, S. 525-528. 1845 bezog sich ›Manifest Destiny‹ noch auf die Eroberung des amerikanischen Kontinents; spätestens seit dem spanisch-amerikanischen Krieg galt das Konzept dann als universelle Aufgabe der USA in der Welt.

13 D. DINER, *Verkehrte Welten* (wie Anm. 1), S. 119.

Die Werte dieser Gemeinschaft sollen im folgenden kurz skizziert werden. Welche Ideale wurden vertreten? Welcher Kritik waren diese Ideale in Deutschland vor 1945 ausgesetzt, und was wurde ihnen dort entgegengestellt? Selbstverständlich handelt es sich bei dieser Gegenüberstellung zweier verschiedener Wertegemeinschaften um Stereotype, nicht um eine genaue Nachzeichnung der Wirklichkeit. Die idealtypische Unterscheidung zwischen deutschen und westlichen Idealen war für unser Projekt notwendig, um verschiedene Traditionsstränge und ihre Vermischung aufspüren zu können; gleichzeitig war uns dabei stets bewußt, daß derartige Vermischungen sowohl vor als auch nach 1945 stattgefunden haben. Von einer krassen Zäsur in Form einer ›Stunde Null‹ kann nicht gesprochen werden.

Das Fundament der westlichen Werte ist die individuelle Freiheit und die Demokratie als Gesellschaftsform. Die eigene Freiheit, die ihre Grenze bei der Freiheit des Nächsten findet, führt zu einem Pluralismus, den große Dissenstoleranz auszeichnet. Der Ausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen findet durch gewaltfreie, rechtliche und allgemein akzeptierte Spielregeln statt. Im Ergebnis führt der Pluralismus zu geistiger, ökonomischer, sozialer und politischer Dynamik, wobei die Absicherung des Einzelnen dabei durch die Menschen- und Bürgerrechte geleistet wird. Freiheit ist die Grundkategorie, auf die alle anderen Werte zurückgeführt werden können; im freien Spiel der Kräfte wird die beste Regulierung aller Konflikte, der Garant für die Selbstentfaltung des Einzelnen und für die gerechte Aufteilung aller Ressourcen gesehen. Im ökonomischen Bereich spiegelt sich diese Wertschätzung der Freiheit im Konzept der freien Marktwirtschaft wider, auf der politischen Ebene im Ideal der freien Wahl; Freizügigkeit, freie Berufswahl und Bildungsfreiheit illustrieren, daß das Ideal auch in das Privatleben der Einzelnen hineinreicht.

Auch in Deutschland wurde Freiheit zur Grundkategorie, an der sich Staat und Gesellschaft messen lassen mußten; hinter dem gleichen Begriff steckte jedoch eine konträre Auffassung. Der als egoistisch empfundenen Freiheit des Westens wurde die Freiheit zur Mitarbeit am großen Ganzen und zum »Nachvollzug des Notwendigen« (Hegel) gegenübergestellt.¹⁴ Die unterschiedliche Besetzung des gleichen Begriffs machte es möglich, daß zu fast allen westlichen Idealen ein deutsches Gegenbild gezeichnet wurde.¹⁵ Negativ wurde vermerkt, daß die USA keine Gemeinschaft, sondern nur eine Gesellschaft seien, die keinen Staat besitze. Dies ist aus der Geschichte der Vereinigten Staaten als Kolonie durchaus erklärlich: der

14 Friedrich MEINECKE, *Die deutsche Freiheit*, in: Bund deutscher Gelehrter und Künstler (Hrsg.), *Die deutsche Freiheit. Fünf Vorträge*, Gotha 1917, S. 14-39.

15 Leonard KRIEGER, *Europäischer und amerikanischer Liberalismus*, in: Lothar GALL (Hrsg.), *Liberalismus*, Königstein/Ts. ³1985, S. 147-161, sowie N. HAMMERSEN, *Politisches Denken im deutschen Widerstand* (wie Anm 9).

›Staat‹ befand sich lange nicht in Amerika, sondern in England; die Siedler waren daher weitgehend auf sich selbst gestellt. In Deutschland war dagegen der Staat Garant für Ordnung und Wohlfahrt und hatte eine Existenzberechtigung aus sich selbst heraus – das heißt, sogar unabhängig von den Regierten. Die Mitarbeit an diesem Gemeinwesen war daher eine Ehre. Der amerikanische, auf dem Individuum beruhende Freiheitsbegriff, der die Gemeinschaftsbildung verhinderte, führte nach deutscher Auffassung nur zu Egoismus und Kapitalismus ohne Sinn für höhere Werte. Während in den USA angeblich nur *der* Verdienst zählte, hatte in Deutschland *das* Verdienst Bedeutung. Doch nicht nur der Freiheitsbegriff verhinderte nach deutscher Überzeugung in den USA den Sinn für höhere Werte, sondern auch die Regierungsform der Demokratie. Die als pöbelhaft geltende Herrschaft der unwissenden und ungebildeten Masse konnte sich unmöglich für ein abstraktes Allgemeinwohl einsetzen, sondern nur Einzelinteressen verfolgen. In die gleiche Richtung ging auch die Ablehnung des Ideals der Gleichheit: In ihr wurde eine Nivellierung gesehen, die jede höhere Kultur unmöglich mache. Amerika galt gerade in dieser Hinsicht als besonders westlich, da ›dort die Sonne der Kultur untergehe‹.¹⁶

Positiv gegenübergestellt wurde diesen westlichen Werten die Verantwortung für das Höhere, für Kunst und Kultur, die tiefsinnige Persönlichkeit des gebildeten, einsamen Denkers und die gewachsene organische Gemeinschaft. Der Schutz des Einzelnen durch Bürger- und Menschenrechte war im Grunde nicht notwendig, wenn jeder sich für das Ganze verantwortlich fühlte. In bester Tradition des deutschen Idealismus wurde hier also ein sehr positives Bild des Menschen gezeichnet, dem insgesamt die Ideologie des Abendlandes zugrundelag, nicht die des Westens. Als Alternativmodell zum ›Westen‹ erstreckt sich das ›Abendland‹ geographisch weiter nach Osten, umfaßt ganz Europa und eher Rußland als die USA. Im Gegensatz zu den mehr der Aufklärung verpflichteten Werten des Westens beruht es auf den gefühlsbetonen Strömungen von Romantik und Idealismus. Sachlich und chronologisch besitzt die Auseinandersetzung zwischen ›westlichen‹ und ›deutschen‹ Werten im skizzierten Sinn absolute Priorität. Dabei kam dem amerikanischen Denken bereits seit dem Ersten Weltkrieg eine anfangs zwar unterschätzte, aber doch maßgebende Funktion zu. Die Werke John Deweys, Thorstein Veblens und George Santayanas boten seit 1915 das ideengeschichtliche Material, auf dem dann nach 1945 die amerikanische Kritik an den ›deutschen‹ Traditionen basierte. Der Antikommunismus, obgleich er in den fünfziger und sechziger Jahren als Antitotalitarismus wesentlich zur schnellen Westorientierung der Bundesrepublik beitrug, war also nicht

16 Nikolaus LENAU, zitiert nach: Hans KOHN, *Europa und die Neue Welt. Die Einheit der atlantischen Kultur*, in: *Die politische Meinung* 5 (1960), Heft 51, S. 55-63, hier S. 59.

die Hauptursache angelsächsischer Versuche, in Konkurrenz zu ›deutschen‹ Ordnungsmodellen eine marktorientierte Westlichkeit herzustellen. Er übte eher eine transitorische und katalytische Funktion aus.

Selbstverständlich gab es schon vor 1945 in Deutschland andere Stimmen zu den westlich-amerikanischen Idealen und auch zu Amerika selbst. Vor allem in den unteren Schichten und der Jugend war das angeblich klassenlose Amerika als das Sinnbild für eine bessere Welt verbreitet. Die USA und die von ihnen vehement vertretenen Werte wurden in der deutschen Öffentlichkeit dennoch häufig als Bedrohung vertrauter Lebenswelten und tradiertter Gewohnheiten gesehen. Amerika war das Sinnbild für Modernisierung und das gefährlich Neue, das sich auch in Deutschland abzuzeichnen begann. Erst die spezielle historische Situation in Europa und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg förderte eine relativ umfassende ideelle Öffnung für die amerikanisch-westlichen Werte, die die USA als universal empfanden und dementsprechend verbreiten wollten.

II. Die ›amerikanische Mission‹

Die Vereinigten Staaten von Amerika stellen einen Sonderfall des allgemeinen Typus aufgeklärter Gesellschaften dar, wenn man sie unter dem Gesichtspunkt vorherrschender intellektueller Diskurse und deren politisch-gesellschaftlicher Wirksamkeit analysiert. Diese Sonderstellung findet ihren Ausdruck auf zwei Ebenen, die jedoch eng miteinander verknüpft sind. Zum einen sind die USA nicht so sehr in den primär naturrechtlich-rationalistischen Zweig der Aufklärung, wie er sich im kontinentaleuropäischen Rahmen, insbesondere in Frankreich manifestiert hat, einzuordnen, sondern in die generell mit totalisierenden Zielsetzungen und Aussagen zurückhaltendere angelsächsische Variante.¹⁷ Zum anderen gibt es wohl kein anderes Land, das auf die Dauer gesehen so sehr von einer bestimmten Form des Liberalismus geprägt worden ist wie die USA.¹⁸ Man könnte als erste These formulieren, daß es nicht die bloße Existenz liberaler Diskurse ist, die die Exzeptionalität¹⁹ der USA ausmacht, denn die gibt es in fast

¹⁷ Zum angelsächsischen Aufklärungsdenken, seinem Bezug zu den USA und deren spezifischem Freiheitsverständnis vgl. Lewis PERRY, *Intellectual Life in America. A History*, Chicago ²1989, S. 152.

¹⁸ Vgl. allg. zur Bedeutung liberaler Ideologie für das politische System in den USA: Kenneth M. DOLBEARE/Linda J. MEDCALF, *American Ideologies Today: Shaping the new Politics of the 1990's*, New York ²1993, bes. S. 22-28.

¹⁹ Vgl. allg. David K. ADAMS/Cornelis A. VAN MINEN (Hrsg.), *Reflections on American Exceptionalism*, Staffordshire 1994; s. ferner Hans VORLÄNDER, »American Creed«, *liberale Tradition und politische Kultur der USA*, in: *Liberaler Demokratie in Europa und den USA. Festschrift für Kurt Shell*, hrsg. v. Franz GRESS und Hans VORLÄNDER, Frankfurt 1990, S. 11-33.

allen Gesellschaften des atlantischen Kulturkreises, sondern vielmehr die fast vollkommene Ausschließlichkeit, mit der diese spezifische Form des Liberalismus langfristig das geistige Klima des Landes zu beherrschen vermochte, oder, um es mit den Worten des amerikanischen Historikers Richard Hofstadter zu formulieren: »It has been our fate as a nation not to have ideologies but to be one.« An gleicher Stelle spricht Hofstadter noch präziser von einer »one-ideology-society«.²⁰ Gemeint ist die faktische, spätestens seit der Jacksonian Era (1825-1845) andauernde kulturelle Hegemonie des Lockeanismus.²¹ Dieser weltanschauliche Ordnungsrahmen, in dessen Mittelpunkt der vernunfthafte, freiwillliche, fortschrittsoptimistische Besitzbürger steht, habe, so wenigstens die Ansicht der liberalen Historiker der vierziger und fünfziger Jahre unseres Jahrhunderts, dafür gesorgt, daß die Geschichte der USA im Vergleich zu der der europäischen Staaten deutlich kontinuierlicher und stabiler verlaufen sei. Aus diesem Grunde sei die lockeanische Verbindung von individueller Freiheit, egalitärem Anspruch, minimaler Staatsmacht und absoluter Priorität des Privateigentums unter dem Mantel der »rule of law« die schlechthin gültige Antwort auf die Modernisierungskrisen industrialisierter Massengesellschaften, wie sie sich mit der industriellen Revolution erst im transatlantischen Umfeld herausgebildet hätten und wie sie nun im 20. Jahrhundert auf globaler Ebene entstünden. Diese Dominanz, aufbauend auf einer auch ideengeschichtlich als Identität postulierten ideologischen Entwicklung der USA, umfasse alle wichtigen politischen Strömungen der USA, d.h. »radicalism«, »liberalism« und »conservatism«, spätestens seit dem endgültigen Ausfall rivalisierender, als »aristokratisch« empfundener, vom anthropologischen Pessimismus geprägter Ideologien im Amerikanischen Bürgerkrieg.²² Weder könne sich unter diesen Gegebenheiten ein genuiner Konservatismus entfalten noch

20 Richard HOFSTADTER, *Anti-Intellectualism in American Life*, New York 1963, S. 43.

21 So zumindest die inzwischen verschiedentlich im historischen Detail fragwürdig gewordene, für das US-amerikanische Selbstverständnis um die Mitte des Jahrhunderts aber prägende These der Historiker des »consensus liberalism«. Eine wenig ausgereifte Frühform dieses Paradigmas findet sich bei Daniel J. BOORSTIN, *The Genius of American Politics*, Chicago 1953; wesentlich präziser sind Louis HARTZ, *The Liberal Tradition in America. An Interpretation of American Political Thought since the Revolution*, San Diego 1991 (Neudruck der Ausgabe von 1955), und Richard HOFSTADTER, *The American Political Tradition and the Men who made it*, New York 1973. Vgl. bes. Godfrey HODGSON, *America in our Time. From World War II to Nixon. What Happened and Why*, New York 1978, S. 67-98. Zur Kritik des Konsensparadigmas vgl. Richard J. ELLIS, *American Political Cultures*, New York 1993. Eine neuere Zusammenfassung bieten: K.M. DOLBEARE/L.J. MEDCALF, *American Ideologies Today*, und James P. YOUNG, *The Theory of the Liberal Consensus and the Politics of Interpretation*, in: F. GRESS/H. VORLÄNDER, *Festschrift Shell* (wie Anm. 19), S. 34-48. S. a. die jüngst erschienene Monographie von James P. YOUNG, *Reconsidering American Liberalism. The troubled Odyssey of the Liberal Idea*, Boulder 1996.

22 Dieser weite Begriff des liberalen lockeanischen Konsenses, den man unter den Bedingungen des Kalten Krieges möglicherweise besser als breiten, antikommunistischen

sei eine wirkliche Attacke gegen das Privateigentum als konstituierendem Faktor der Identität des Individuums unter den Bedingungen amerikanischer Ideologie denkbar. Es existiere in den USA ein »liberaler Konsens«, der derart tief verwurzelt und dogmatisch sei, daß man nicht hinter ihn zurückfallen könne, ohne prinzipielle amerikanische Werte aufzugeben. Wie stark dieser Anspruch war, zeigte sich noch in den Versicherungen der entstehenden Neuen Linken in den USA zu Beginn der sechziger Jahre, man strebe eine wahrhaft amerikanische Form des Sozialismus mit stark individualistischen Elementen an.²³

Dennoch – und dies wäre eine weitere hier zu vertretende These – ist, bei aller eingeräumten realen Dominanz des lockeanischen Ordnungskonzeptes in den USA festzustellen, daß das ideologische Angebot, mit dessen Hilfe die USA ihre politisch-ökonomische Hegemonie auf internationaler Ebene nach dem Zweiten Weltkrieg zu flankieren suchten, Produkt der Krisenerscheinungen der dreißiger Jahre ist, die zu einer internen Ausdifferenzierung des US-amerikanischen ideologischen Potentials nicht unmaßgeblich beigetragen haben. Sicherlich wird der Kern dieses neu entstehenden ideologischen Bündels, das aus insgesamt vier Grundkomponenten besteht, vom lockeanischen besitzbürgerlichen Individualismus gebildet. Auf der anderen Seite erkannten die Vertreter des entstehenden Konsensliberalismus unter dem Eindruck der anhaltenden Rezession und dem von progressiver und radikaler Seite ausgelösten Reformdruck, daß die wirtschafts- und sozialpolitischen Instrumentarien des klassischen Liberalismus nicht mehr ausreichten, um des entstehenden Problemdrucks Herr zu werden. Im Gegensatz zu den bisherigen Lösungsmodellen, wie sie immer auch bei den »liberals« im engeren Sinn, d.h. im Gegensatz zu den altliberalen »conservatives«, vertreten wurden, rang man sich jetzt nicht allein zu einer stärkeren Betonung des egalitären Prinzips der Rechte und Freiheiten des »common man« durch, sondern auch zu neuen Formen staatsinterventionistischer Wirtschaftspolitik, dem sogenannten New Deal. Spätestens mit dem Ende der dreißiger Jahre wurde dieser neuen sozial- und wirtschaftspolitischen Konzeption mit dem keynesianischen Instrumentarium der fiskalpolitischen Globalsteuerung das abschließende Element hinzugefügt.²⁴ Damit verfügte der amerikani-

Konsens bezeichnet, ist streng zu trennen vom engeren liberalen Konsens, der weitgehend identisch ist mit dem antitotalitären Flügel des »New Deal Liberalism«. In der Folge wird der Begriff im engeren Sinn verwendet; für den verbleibenden rechten Flügel des breiten Konsenses wird entweder von »conservatives« oder von Altliberalen gesprochen. Das begriffliche Problem ergibt sich, weil die Vertreter des Konsensparadigmas zwischen der Analyse ihrer eigenen ideologischen Grundlagen und ihren historisch-genetischen Aussagen zum Stand amerikanischer weltanschaulicher Diskurse nie hinreichend präzise unterschieden haben.

²³ David Zane MARKOWITZ, *The Radical Soap Opera*. Harmondsworth 1976. S. 16; vgl. allg. Todd GITLIN, *The Sixties. Years of Hope. Days of Rage*. New York 1993.

²⁴ Richard H. PELL, *The Liberal Mind in a Conservative Age. American Intellectuals in*

sche Konsensliberalismus als zunehmend dominanter werdende Form in den inneramerikanischen ideellen Diskursen über ein bündiges Konzept »entideologisierter«²⁵ Angebote zur Sozialreform, das sich als Mittel der Bewältigung von Krisenerscheinungen und Reformdruck bestens bewährt hatte. Innerhalb der USA entstand aus dem New Deal von Franklin Delano Roosevelt die sogenannte »New Deal Order«, ein sozialreformistisches Bündnis von Arbeitern, linken, aber antikommunistischen Intellektuellen, Katholiken, Schwarzen und Finanzkapital, das sich als Machtbasis der Demokratischen Partei bis tief in die sechziger Jahre hinein bewährte und gewissermaßen die soziale und innenpolitische Basis der Konsensideologie darstellte, die in der Regel von Intellektuellen ausformuliert wurde²⁶ und – wenigstens in den Augen ihrer Kritiker – mit einem erheblichen Konformitätsdruck verbunden war.

Mit der Hinwendung zu etatistischen Konzepten der Sozialreform und ihrer Einbettung in einen altliberalen Rahmen verfügten die USA seit den dreißiger Jahren über ein weltanschauliches Angebot, das mit parallel laufenden Entwicklungen innerhalb der nichtkommunistischen europäischen Linken durchweg kompatibel war. Man näherte sich dieser entstehenden Mitte, dem »vital center«, wie Arthur M. Schlesinger es einmal genannt hat,²⁷ jedoch aus unterschiedlichen Richtungen. Die europäische Sozialdemokratie war seit den Revisionismusdebatten dabei, sich von totalisierenden, hegelianischen Endzielvorstellungen unter dem Eindruck neukantianischer

the 1940's and 1950's, Middletown 1984, S. 119; Larry L. GERBER, *The Limits of Liberalism. Josephus Daniels, Henry Stimson, Bernhard Baruch, Donald Richberg, Felix Frankfurter and the Development of Modern American Economy*, New York 1983, S. 325; G. HODGSON, *America in Our Time* (wie Anm. 21), S. 77f.; vgl. allg. John K. GALBRAITH, *American Capitalism*, Boston 1952, der an dieser Entwicklung einen nicht unmaßgeblichen Anteil hatte, sowie Steve FRASER/Gary GERSTLE (Hrsg.), *The Rise and Fall of the New Deal Order, 1930-1980*, Princeton 1989. S. ferner: William R. BROCK, *Welfare, Democracy, and the New Deal*, New York 1988. Der Rolle keynesianischer Elemente im New Deal steht Lloyd C. GARDNER, *A Covenant of Power. America and World Order from Wilson to Reagan*, London 1984, S. 31, eher skeptisch gegenüber.

²⁵ Zum Konzept der »Entideologisierung«, das aus dem seit etwa 1955 in konsensliberalen Kreisen propagierten Gedanken vom »end of ideology« abgeleitet wurde, s. Wolfram BURISCH, *Ideologie und Sachzwang. Die Entideologisierungstheorie in neueren Gesellschaftstheorien*, Diss. Tübingen 1967. Unverzichtbar sind außerdem: Daniel BELL, *The End of Ideology. On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties*, Glencoe 1960, sowie zusammenfassend und die vorwiegend neulinke Kritik berücksichtigend Chaim I. WAXMAN (Hrsg.), *The End of Ideology Debate*, New York 1968.

²⁶ Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Gruppe der New York Intellectuals; im politischen Bereich wären die Americans for Democratic Action (ADA) als Träger des liberalen Konsenses im engeren Sinn zu nennen. Vgl. Alan M. WALD, *The New York Intellectuals. The Rise and Fall of the Anti-Stalinist Left From the 1930's to the 1980's*, Chapel Hill 1987; Stephen M. GILLON, *Politics and Vision: The ADA and American Liberalism, 1947-1985*, New York 1987.

²⁷ Arthur M. SCHLESINGER jr., *The Vital Center. The Politics of Freedom*, Boston 1949.

Skepsis und realpolitischer Notwendigkeiten zu verabschieden, der amerikanischen Liberalismus hingegen näherte sich langsam der Vorstellung einer nicht umfassenden sozialen Utopie als Regulativ des sozialreformerischen Anspruches. Auf der anderen Seite blieb die Ideologie der amerikanischen Mission auch in ihrer neuen »sozialliberalen« Ausprägung zutiefst amerikanisch. Dafür sorgten zwei Elemente, die ebenfalls mit der »New Deal Order« bzw. dem »consensus liberalism« als antikommunistischer Variante dieser Ordnung verbunden wurden: der Pragmatismus,²⁸ der vornehmlich von John Dewey politisch als antitotalitäre, reformoffene Philosophie operationalisiert worden war, und der liberale Internationalismus.²⁹

Der Pragmatismus als die amerikanischste aller Philosophien sorgte gewissermaßen für die reflektierte und in Ansätzen systematisierte Rechtfertigung der liberalen, pluralistischen Demokratie als die einer modernen Massen- und Industriegesellschaft angemessene Staatsform. Zugleich sorgte die pragmatistische Soziologie durch ihre aus dem Positivismus übernommene fortschrittsorientierte Wissenschaftsgläubigkeit dafür, daß mit dem Gedanken des »social engineering«³⁰ staatsplanerische Tätigkeiten im sozialen Gebiet und auf dem Felde der Nationalökonomie widerspruchsfrei in einen liberalen Gesamtrahmen einzubetten waren. Dabei ist zu beachten, daß der Pragmatismus als auf reale Einzelfälle bezogene, auf Mittel und Zwecke allgemein reflektierende Handlungstheorie zwar nie eine geschlossene Sozialphilosophie entwickelte, zugleich aber auch keine Philosophie rationalen Systemerhalts oder rationaler Systemrechtfertigung war, sondern sich stets als kritische Reflexion innersystemischer Unzulänglichkeiten verstand und diesem Anspruch – bei aller Ablehnung radikaler Reformansätze – auch gerecht geworden ist. In der Außenperspektive des Konsensliberalismus als Träger der amerikanischen Mission seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte der Pragmatismus überdies den Vorteil, als philosophische Waffe gegen die Totalitätsansprüche neuthomistischer oder hegelianischer Systeme zu dienen, also auch gegen den Marxismus, und sich zudem gegen existentialistische Philosophie bzw. gegen die kantianische Skepsis instrumentalisieren

28 Cornel WEST, *The American Evasion of Philosophy. A Genealogy of Pragmatism*, Madison 1989, bes. S. 69-111; vgl. Ludwig MARCUSE, *Amerikanisches Philosophieren. Pragmatisten, Polytheisten, Tragiker*, Hamburg 1959, ein Werk, das u.a. dazu diente, pragmatistisches Gedankengut in Westdeutschland heimisch zu machen, sowie zur Sozialtheorie des Pragmatismus: Hans JOAS, *Pragmatism and Social Philosophy*, Chicago 1993.

29 Eine neuere Gesamtdarstellung internationalistischen Gedankengutes in der amerikanischen Geschichte dieses Jahrhunderts bietet: Tony SMITH, *America's Mission. The United States and the Worldwide Struggle for Democracy in the Twentieth Century*, Princeton 1994.

30 Vgl. allg. John J. JORDAN, *Machine-Man Ideology: Social Engineering and American Liberalism, 1911-1939*, Chapel Hill 1994; unter dem Blickwinkel internationalistischer Instrumentalisierbarkeit auf der Ebene von Wissenschaftspolitik s. Bernhard PLÉ, *Wissenschaft und säkulare Mission. Amerikanische Sozialwissenschaft im politischen Bewußtsein der USA und im geistigen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1990, bes. S. 145.

zu lassen, also der angestrebten und als notwendig empfundenen ›Entideologisierung‹ der modernen Industriegesellschaften Vorschub zu leisten. Gerade der Verzicht auf eine Auseinandersetzung mit der reichen europäischen erkenntnistheoretischen Tradition erschwerte jedoch die Rezeption pragmatistischer Ideale außerhalb der USA.

Damit wäre der innen-, sozial-, und wirtschaftspolitische Bezugsrahmen des ›consensus liberalism‹ grob abgesteckt. Es fehlt bislang die Einbettung in das außenpolitische Hegemonialstreben der USA.³¹ Bereits seit dem spanisch-amerikanischen Krieg von 1898, dann natürlich durch den Ausgang des Ersten Weltkrieges erheblich begünstigt, hatte in den Kreisen der amerikanischen ›liberals‹ die Reflexion über eine systematischere Rechtfertigung der nunmehr faktisch erreichten politisch-ökonomischen Hegemonie und ihrer weltanschaulichen Absicherung begonnen. Schon früh, anfangs aber eher unkoordiniert, war dabei der Export amerikanischer Kultur, besonders der Massenkultur, aber auch amerikanisierter Formen der Industrieorganisation, in das Blickfeld gerückt. Die theoretische Absicherung dieses faktischen Hegemonialisierungsprozesses fiel dem liberalen Internationalismus zu, der vor allem von Woodrow Wilson und seinem Kreis entscheidend ausformuliert worden war. Zwei Komponenten bestimmten den Internationalismus: der allgemeine Anspruch, die Welt für die Demokratie zu sichern, als moralisch-politisches Postulat und das Streben nach Öffnung der Märkte.³² Beide sind als gemeinsame Ideale ernst zu nehmen. Die Politik der Internationalisten ist ohne das moralisch begründete Freiheitspathos, das eine säkularisierte Variante des religiös motivierten Exzeptionalismus der Kolonialzeit, der ›City Upon the Hill‹ und des ›Neuen Jerusalem‹, war, schlechterdings nicht zu verstehen. Die liberalen Internationalisten waren zutiefst davon überzeugt, daß es das gesellschaftliche und ideologische Angebot der USA als de facto fortgeschrittenster, stabilster und freiheitlichster, d.h. auch erfolgreichster Macht der Erde war, das allen anderen Nationen als Muster für die Lösung endogener Modernisierungskonflikte dienen sollte. Damit wurde parallel auf einer deutlich weniger idealistischen Ebene der

31 Die folgende Passage stützt sich weitgehend auf die Ergebnisse der gemäßigt revisionistischen Historiographie, wie sie Emily S. ROSENBERG, *Spreading the American Dream. American Economic and Cultural Expansion, 1898-1945*, New York 1982, Frank A. NINKOVICH, *The Diplomacy of Ideas: U.S. Foreign Policy and Cultural Relations, 1938-1950*, Cambridge 1981 und – weiter gefaßt – Michael H. HUNT, *Ideology and U.S. Foreign Policy*, New Haven 1987, vorgelegt haben. Aus orthodox internationalistischer Perspektive ist T. SMITH, *America's Mission* (wie Anm. 29), hinzuzuziehen. Vgl. ferner Theodor von LAUE, *The World Revolution of Westernization. The Twentieth Century in Global Perspective*, New York 1987.

32 Ein weiterer konstituierender Aspekt gerade des ›Wilsonian Internationalism‹ ist der Gedanke an ein System der kollektiven Sicherheit, der in diesem Zusammenhang aber weniger wichtig ist.

Anspruch des ›manifest destiny‹ globalisiert und ein praktisches Hegemonialstreben abgesichert, das sich nun nicht mehr allein auf Nordamerika oder die westliche Hemisphäre bezog, sondern weltweite Geltung beanspruchte. Die Liberalen ließen damit zugleich die Vorstellungen der ›conservatives‹ weit hinter sich, die zwar die faktische ökonomische Hegemonie der USA durchaus billigten, sich aber dem Ansinnen entzogen, diese Vorherrschaft durch stete Intervention (damit ist nicht allein militärische Intervention gemeint) zu festigen. Dieser politische Anspruch ließ sich bestens mit dem jedem Liberalismus immanenten Anspruch auf apriorische Universalität vereinbaren, d.h. mit dem Glauben, die vernunftthaft erkennbaren Inhalte und Folgerungen liberaler Weltanschauung müßten überall in vernunfthaften Akten nachvollziehbar sein; ein Problem, dessen theoretische Fundierung die amerikanische Liberalismustheorie bis heute nicht umfassend geklärt hat. Dieses moralisch begründete Hegemonialstreben des liberalen Internationalismus war schließlich auf das engste mit ökonomischen Motiven verknüpft. Die lockeanische Hochschätzung des Privateigentums mutierte hier zum Anspruch auf Öffnung der Weltmärkte, dem Gedanken des ›open door‹ und der ›one world‹. Behandelte man amerikanische Außenpolitik des 20. Jahrhunderts primär unter dem Gesichtspunkt eines ökonomischen Determinismus, könnte man auf den Gedanken kommen, es handele sich um den durchgehenden Versuch, auf Autarkie basierende Wirtschaftssysteme aufzubrechen, diese der Hegemonialstellung des stärksten Wettbewerbers zu unterwerfen, um anschließend die errungene politisch-ökonomische Hegemonialstellung durch kulturelle Exporte auf einer Massenbasis abzusichern. Wie allerdings bereits gesagt, wird eine derartig deterministische Sicht, die nicht beide Aspekte des Internationalismus berücksichtigt, also die ökonomische und die ethische, dem Phänomen nicht gerecht.

Mit diesem weltanschaulichen Angebot, das sich durch ein hohes Maß an Elastizität auszeichnete, kamen die Amerikaner in das besetzte Deutschland der Nachkriegszeit und damit gingen sie auch in den Kalten Krieg. Sie mußten sich nicht ad hoc eine Ideologie der Freiheit schaffen, sondern verfügten traditionell darüber, auch wenn sie in den 30er Jahren erhebliche Veränderungen erfahren hatte. Der Versuch, diese Ideologie global durchzusetzen, vollzog sich sowohl auf der Ebene von Regierungshandeln,³³ als auch auf einer verdeckteren Ebene im Handeln der ›covert action‹-Abteilungen der CIA,³⁴ etwa bei der ideellen Infiltration von Arbeiterparteien, Studentenorganisationen und Gewerkschaften. Auf der transnationalen Ebene

33 Bezogen auf Deutschland vgl. Hermann-Josef RUIEPER, *Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag*, Opladen 1993, s. bes. S. 19-24.

34 Die derzeit umfassendste und zuverlässigste Darstellung dieser Zusammenhänge bietet John RANELAGH, *The Agency. The Rise and Fall of the CIA*, New York 1987.

finden sich ebenfalls Bemühungen zum Transfer amerikanischer Werthaltungen.³⁵ Der Kalte Krieg, d.h. die Auseinandersetzung mit dem Marxismus, speziell in seiner extrem banalisierten stalinistischen Variante, war dabei keinesfalls konstitutiv für die amerikanische Mission, sondern hatte eine eher katalytische Funktion. Ein Element des ›consensus liberalism‹, das bislang nicht angesprochen wurde, weil es nicht eigentlich zum konstitutiven weltanschaulichen Bestand dieser Ideologie gehörte, gewann dann allerdings in der konkreten Auseinandersetzung des Kalten Krieges erheblich an Gewicht: der Antitotalitarismus, der in seiner liberalen Variante in amerikanischen Intellektuellenkreisen der dreißiger Jahre seinen Ausgang genommen hatte.³⁶ Als integratives Element, mit dessen Hilfe sowohl antikommunistische Linke als auch konservative Spektren in den westlichen Gesellschaften der Nachkriegszeit angesprochen werden konnten, vor allem wenn der Antitotalitarismus primär als Antikommunismus verstanden wurde, erwies er sich als ausgesprochen nutzbringend beim untergründigen, aber intentionalen Transfer spezifisch amerikanischer ideologischer Muster nicht allein nach Westdeutschland. Damit war aber zugleich die Gefahr verbunden, daß die sozialen Reformanliegen, welche die amerikanischen ›liberals‹ gleichfalls weitertransportieren wollten, zurückgestellt würden, um auf diese Weise den breiten gesellschaftlichen antikommunistischen Konsens abzusichern. Die informelle Koalition mit den altliberalen ›conservatives‹ und den europäischen Konservativen war den amerikanischen ›liberals‹ zwischen 1947 und 1953 wichtiger als alle Versuche, die eigene Weltanschauung durchzusetzen. Dies sollte sich erst nach dem Tode Stalins wieder ändern.

Der geschilderte liberale Konsens ist Mitte der sechziger Jahre zerbrochen. Er scheiterte an den wachsenden Widersprüchen innerhalb der sozialen Träger der ›New Deal Order‹, am Ausscheren der radikaleren Vertreter wegen des US-Engagements in Vietnam, das die gesellschaftlichen Visionen der ›Great Society‹ ernsthaft in Frage stellte und nicht zuletzt am Triumphalismus der intellektuellen Trägerschichten des Konsenses. Im Jahre 1950 hatte der bedeutende liberale New Yorker Literaturkritiker Lionel Trilling festgestellt, der Liberalismus habe nun keinen ernstzunehmenden intellektuellen Rivalen mehr und die einzige Gefahr für ihn bestehe in dieser

35 Als Beispiel mag hierfür der Congress for Cultural Freedom dienen, eine Organisation liberaler und sozialdemokratischer antikommunistischer Intellektueller vorwiegend aus den USA und Westeuropa. Vgl. Pierre GRÉMION, *Intelligence de l'Anticommunisme. Le Congrès pour la Liberté de la Culture*, Paris 1995, und Peter COLEMAN, *The Liberal Conspiracy. The Congress for Cultural Freedom and the Struggle for Mind in Postwar Europe*, London 1989.

36 Irving HOWE, *The New York Intellectuals*, in: *Commentary* 23 (Oct. 1968), S. 31. Vgl. ferner: Sidney HOOK, *Out of Step. An Unquiet Life in the Twentieth Century*, New York 1987, S. 248-274, zum Committee for Cultural Freedom, einer antitotalitären Organisation vornehmlich liberaler Intellektueller unter der geistigen Federführung des pragmatistischen Philosophen John Dewey, die von 1939-1941 existierte.

absoluten Dominanz. Er sollte recht behalten. Kein halbes Menschenalter später stritten sich Neue Linke und Neokonservative um den leeren Thron des ›consensus liberalism‹ in den USA.

III. Das ›Angebot des Westens‹ und seine deutschen Protagonisten

Zum ›Westen‹ hatte sich das Deutsche Reich nicht zugehörig gefühlt, weder in politischer Hinsicht noch als Teil einer kulturellen Wertegemeinschaft.³⁷ Die Bundesrepublik Deutschland dagegen beansprucht genau diese Zugehörigkeit für sich. Sie hat sich im Laufe ihrer Geschichte zu einem Musterland des Westens, zum ›amerikanischsten‹ aller westeuropäischen Länder entwickelt. Sie ist, wie ihr zum 40. Jahrestag ihres Bestehens von Nachbarn und Verbündeten bestätigt wurde, im Kreis der atlantisch-westlichen Wertegemeinschaft fest verwurzelt.

Diese ideelle Verwestlichung war nicht ausschließlich das Produkt der alliierten Besatzungspolitik nach 1945. Zwar kann die Politik der Reeducation und Reorientation unter OMGUS und HICOG von 1946/47 bis 1952 in ihrer Bedeutung für die Entwicklung einer stabilen parlamentarischen Demokratie in Westdeutschland gar nicht überschätzt werden. Vor allem die USA traten, wie es Hermann-Josef Rupieper formuliert hat, »als ›Geburts-helfer‹ der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft auf. Sie unterstützten die demokratischen Kräfte in der deutschen Gesellschaft, sorgten für die Ausschaltung der nationalsozialistischen Eliten und begleiteten den gesamten Prozeß über die Gründung der Bundesrepublik bis zur Unterzeichnung des Generalvertrages.«³⁸ Dennoch aber wäre ohne die Bereitschaft von Teilen der westdeutschen Bevölkerung, die Demokratisierungspolitik mitzutragen, die Einwurzelung einer liberaldemokratischen und pluralistischen politischen Kultur in die Gesellschaft der Bundesrepublik nicht denkbar gewesen.³⁹

37 Für den Gegensatz zwischen einer organisch gewachsenen ›Gemeinschaft‹ (wie für Deutschland reklamiert) und der auf rationalem Zweckdenken beruhenden, vertraglich zusammengeschlossenen ›Gesellschaft‹ des angelsächsischen Westens s. Ferdinand TÖNNIES, *Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundriß der reinen Soziologie*, [1887] Darmstadt³ 1991. Für das Geschichts- und damit auch Selbstbild von Kaiserreich und Weimarer Republik vgl. beispielhaft Heinrich v. TREITSCHKE, *Das constitutionelle Königthum in Deutschland* [1869/1871], in: DERS., *Historische und politische Aufsätze*, 3. Bd., Leipzig 1915, S. 429-561. Ernst TROELTSCH, *Der Ansturm der westlichen Demokratie*, in: *Die deutsche Freiheit. Fünf Vorträge*, Gotha 1917, S. 79-113; DERS., *Die deutsche Idee von der Freiheit* [1916], in: DERS., *Deutscher Geist und Westeuropa. Gesammelte kulturphilosophische Aufsätze und Reden*, Tübingen 1925, S. 5-107; Otto HINTZE, *Das monarchische Prinzip und die konstitutionelle Verfassung*, in: *Preußische Jahrbücher* Bd. 144, 1911, S. 381-412; Georg v. BELOW, *Deutsche Reichspolitik einst und jetzt*, Tübingen 1922, s. bes. »Das 19. und 20. Jahrhundert«, S. 32-53.

38 Hermann-Josef RUPIEPER, *Die amerikanische Demokratisierungspolitik in Westdeutschland 1945 bis 1952*, in: Heinrich OBERREUTER/Jürgen WEBER (Hrsg.), *Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland*, München 1996, S. 197-216, hier S. 216.

39 Vgl. EBD.

Die Auseinandersetzung um westliche Wertvorstellungen im politischen, sozialen und kulturellen Bereich wurde spätestens mit dem Ende der Besatzungszeit zu einer innerdeutschen Kontroverse um die Ausgestaltung von Staat und Gesellschaft und um die Haltung zu Modernisierungserscheinungen. Denn mit der politischen Integration in das westliche Bündnissystem und der wirtschaftlichen Anbindung an die westliche Welt war die ideelle Westorientierung der BRD keineswegs abgeschlossen. So sehr eine national-neutralistisch motivierte Ablehnung der Westintegration auf politischer und wirtschaftlicher Ebene mit einem antiwestlichem Affekt verbunden war, so wenig mußte ein Eintreten für eine europäische und atlantische Einbindung der Bundesrepublik auf eine »kulturelle Westlichkeit« hindeuten. Diese Bündnissysteme bildeten vielmehr bloß den Rahmen, innerhalb dessen sich in der Bundesrepublik zwischen Mitte der vierziger und Mitte der sechziger Jahre ein fundamentaler Wertewandel vollziehen konnte.

Die Reaktion der Deutschen auf das »Angebot des Westens« war ganz und gar nicht einheitlich; sie reichte von verachtungsvoller Ablehnung bis zur begeisterten Annahme. Wie schon in der »Amerikanismus-Debatte« der Weimarer Zeit⁴⁰ standen eine positive Bewertung der ökonomischen Modernisierung – und damit der Segnungen der materiellen Amerikanisierung⁴¹ – und eine feindselige und herablassende Haltung gegenüber kulturellen Modernisierungserscheinungen oft nahe beieinander. In der unmittelbaren Nachkriegszeit stieß die amerikanische wie insgesamt die alliierte Kulturpolitik auf Skepsis und Ablehnung. Nachdem die erste Phase des Schocks der totalen Niederlage und der Orientierungslosigkeit vorüber war, und sich die Furcht vor einer strengen Bestrafung durch die Sieger gelegt hatte, die die Erfahrungen des Bombenkrieges und die nationalsozialistische Propaganda hatten erwarten lassen, wurden Entnazifizierung, Reeducation und Reorientation als massive Eingriffe der Besatzer in die deutsche Gesellschaft zunehmend zurückgewiesen. Von den Amerikanern brauchten sich die Deutschen, so fand man, keine Kultur beibringen zu lassen.⁴² Auch wenn viele die in der Demokratisierungspolitik angebotene politische Kultur als Chance zum Neubeginn verstanden, war gerade die Kritik an der parlamentarischen Demokratie weit verbreitet. Theodor Eschenburg, ab 1952 Professor für Politikwissenschaft in Tübingen, meinte, die demokratische Herrschaftsform der Bundesrepublik sei ebenso improvisiert wie es die Weimarer Demokratie

40 Vgl. hierzu u.a. Gesine SCHWAN, *Das deutsche Amerikabild seit der Weimarer Republik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 26/86, S. 3-15; vgl. auch Werner KREMP, *In Deutschland liegt unser Amerika. Das sozialdemokratische Amerikabild von den Anfängen der SPD bis zur Weimarer Republik*, Münster 1993.

41 Vgl. Kaspar MAASE, *Bravo Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren*, Hamburg 1992.

42 Vgl. D. DINER, *Verkehrte Welten* (wie Anm. 1), S. 117-167.

gewesen sei – die Demokratie sei in Deutschland unbeliebt, die Parteien verhaßt. Arthur Kummernuss, Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV, war 1949 der Ansicht, die Demokratie passe nicht zu den Deutschen, diese bräuchten vielmehr einen starken Staat.⁴³ Selbst Konrad Adenauer begegnete dem Grundgesetz mit Skepsis, weil es den Westdeutschen von Amerikanern und Franzosen aufgezwungen worden sei.⁴⁴ Deutsche Traditionen wurden gegen die Reformvorstellungen der Sieger verteidigt, und zwar so erfolgreich, daß die 1949 gegründete Bundesrepublik in den Augen amerikanischer Beobachter als Konsolidierung einer autoritär-hierarchischen Gesellschaftsordnung erschien.⁴⁵ So scheiterten die westlichen Alliierten mit dem Versuch, das deutsche Sozialversicherungssystem zu reformieren,⁴⁶ ebenso im Bereich der Schul- und Bildungsreform in Bayern, wo die amerikanische Militärregierung mit dem Kultusminister Alois Hundhammer aneinandergeriet und nachgeben mußte;⁴⁷ ebensowenig ließ sich eine Reform des öffentlichen Dienstes durchsetzen.⁴⁸ Diese Residuen deutscher Tradition waren bei Gründung der Bundesrepublik noch viel zu mächtig.

Eine tatsächliche Verwestlichung setzte erst mit dem Ende der Besatzungsherrschaft ein, als sich ab etwa 1953 Wohlstand breit machte, der eine materielle Modernisierung – als Amerikanisierung – breiterer Bevölkerungsschichten ermöglichte. Ein übriges tat der Konformitätsdruck im Kalten Krieg. Ein aggressiver, fast hysterischer Antikommunismus verband zu Anfang der fünfziger Jahre nahezu das gesamte politische Spektrum der Bundesrepublik vom rechten Rand der CDU bis in die linken Flügel der SPD und der Gewerkschaften.⁴⁹ Das Bedrohungsgefühl durch den gemeinsamen Gegner half sicherlich, Ressentiments auch gegen ›Amerika‹ und sein Gesellschaftsbild zu übertünchen.

Etwa zeitgleich begann ein regelrechter Eliten austausch. Positionen als Entscheidungsträger und Multiplikatoren in Politik und Wirtschaft, Parteien und Verbänden, Presse und Rundfunk, in den Kirchen, in Literatur, Wissenschaft und Lehre wurden im Laufe der nächsten zehn Jahre von Personen

43 H.-J. RUIEPER, *Wurzeln* (wie Anm. 33), S. 16 (Eschenburg); S. 17 (Kummernuss).

44 Hans-Jürgen GRABBE, *Das Amerika-Bild Konrad Adenauers*, in: *Amerika-Studien* 31/1986, S. 315-323, hier: S. 319.

45 H.-J. RUIEPER, *Wurzeln* (wie Anm. 33), S. 37-60.

46 Hans Günter HOCKERTS, *Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957*, Stuttgart 1980.

47 Winfried MÜLLER, *Schulpolitik in Bayern im Spannungsfeld von Kultusbürokratie und Besatzungsmacht 1945-1949*, München 1995.

48 H.-J. RUIEPER, *Amerikanische Demokratisierungspolitik* (wie Anm. 38), S. 210.

49 Vgl. Axel SCHILDT, *Ende der Ideologien? Politisch-ideologische Strömungen in den 50er Jahren*, in: Axel SCHILDT/Arnold SYWOTTEK, *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993, S. 627-635, hier S. 630-632.

besetzt, die dem Westen und seinen politischen und sozialen Wertvorstellungen gegenüber offen waren. Ob die Reform ihr tatsächliches Anliegen war oder ob sie aus beruflichen Gründen nur reformbereit waren, ändert nichts daran, daß mit deutschnationalen Ressentiments und der Ablehnung des westlich-liberalen Parlamentarismus seit Ende der fünfziger Jahre kein Einfluß mehr zu gewinnen war.

Westliche Werte waren auch und gerade nach dem Ende der Besatzungszeit in der BRD auf vielfältigste Weise präsent. Amerikahäuser mit ihren Bibliotheken standen dafür geradezu symbolisch. Zahllose Reisen – Schüleraustausch, Geschäftsreisen der Unternehmer, Informationsreisen der Gewerkschafter – brachten Westdeutsche in unmittelbaren Kontakt mit den USA.⁵⁰ In Wissenschaft und Politik waren zahlreiche Remigranten tätig, die ihre Erfahrungen aus beiden Kulturen einbrachten. Publikationen über Politik und Gesellschaft in Amerika boomten, und Billy Wilders Filme taten ein übriges.

Von einer reinen Übernahme westlicher Wertvorstellungen kann aber keine Rede sein. Vielmehr wurde das Neue mit eigenen Traditionen verbunden und den eigenen Bedürfnissen gemäß »anverwandelt«. Im Lauf von 20 Jahren nach Kriegsende nahm jedoch der Anteil des deutschen traditionellen Staats- und Gesellschaftsverständnisses stetig ab, derjenige atlantisch-westlicher Vorstellungen zu. Dieser Wandel fand in den unterschiedlichsten Feldern statt und wurde von den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen getragen. Verantwortlich für diese Entwicklung waren häufig Personen, die schon in den 20er Jahren für westliches Denken offen, damals aber marginalisiert und ohne Einfluß gewesen waren. Viele von ihnen waren ins Exil gegangen, viele nach Großbritannien oder in die USA und hatten dort mit den verschiedensten Exilgruppen und auch mit Verbänden und Parteien der Gastländer zusammengearbeitet. Mit Ausnahme der kommunistischen Organisationen, die spätestens ab 1943 ausgegrenzt wurden, entwickelte sich hier der Keim eines pluralistischen, demokratischen Grundkonsenses, der von den Remigranten auch in die Aufbauphase der Nachkriegszeit hineingetragen wurde. Dieser Befund gilt für so unterschiedliche Bereiche wie Sozialdemokratie und Gewerkschaften, Unternehmer, Rundfunk, Presse und Publizistik, Politik- und Sozialwissenschaft.⁵¹

⁵⁰ Vgl. u.a. Werner LINK, *Deutsche und Amerikanische Gewerkschaften und Geschäftsleute 1945-1975. Eine Studie über transnationale Beziehungen*, Düsseldorf 1978; H.-J. RUIEPER, *Wurzeln* (wie Anm. 33).

⁵¹ Vgl. u.a. Axel SCHILDT, *Reise zurück aus der Zukunft. Beiträge von intellektuellen USA-Remigranten zur atlantischen Allianz, zum westdeutschen Amerikabild und zur »Amerikanisierung« in den fünfziger Jahren*, in: *Exilforschung* 9 (1991), S. 25-45; Hubertus BUCHSTEIN, *Auf der gemeinsamen Suche nach einer »modernen Demokratietheorie«*; Otto Suhr, Franz L. Neumann und Ernst Fraenkel, in: Gerhard GÖHLER/Bodo ZEUNER (Hrsg.),

Besonders deutlich zeigen läßt sich dies anhand der Entwicklung von SPD und DGB in den fünfziger Jahren. Der Weg zum Godesberger Programm bzw. dem Düsseldorfer Programm bedeutete einen Prozeß der Entideologisierung und Entdogmatisierung, der sich nicht zuletzt auf eine Auseinandersetzung mit westlichen Politik- und Gesellschaftsvorstellungen zurückführen läßt.⁵² Die Träger dieser Entwicklung hatten in den zwanziger und dreißiger Jahren nicht zu den traditionellen Sozialdemokraten gehört, sondern zu linken Splittergruppen wie KPO, SAP, ISK und Neu Beginnen, hatten sich im Exil in Skandinavien, Großbritannien und den USA intensiv mit sozialistischen Konzepten und Demokratietheorie auseinandergesetzt und sich gemeinsam mit der SPD um die Nachkriegsplanung für Deutschland bemüht. Die im Exil begonnene Zusammenarbeit mit Regierung, Parteien und Verbänden der Gastländer wurde im besetzten Deutschland fortgeführt und überdauerte auf transnationaler Ebene auch das Ende des Besatzungsstatuts. Nach Kriegsende traten die meisten in die SPD ein bzw. arbeiteten aktiv in den Gewerkschaften mit und trugen hier maßgeblich zu einer Abkehr vom traditionellen Dogmatismus bei. Die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik wurde akzeptiert, soziale Marktwirtschaft als auch und gerade für die Arbeiterbewegung akzeptable Wirtschaftsweise anerkannt und keynesianische Wirtschaftspolitik in die eigenen Programme übernommen.⁵³ Die Wertewelt des amerikanischen New Deal fand Eingang in das Selbstverständnis der westdeutschen Arbeiterbewegung. Hierzu trugen nicht zuletzt auch die intensiven Kontakte zwischen den westdeutschen und den amerikanischen Gewerkschaftsorganisationen bei, die in der frühen Nachkriegszeit begannen und bis weit in die fünfziger Jahre hinein aufrecht erhalten wurden. Mit dem Godesberger Programm kam eine Entwicklung zum Abschluß, die letztlich in den Anfangsjahren der Weimarer Republik ihren Ausgang genommen hatte.⁵⁴

Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft, Baden-Baden 1991, 171-194; Sabine LEMKE-MÜLLER, *Ethischer Sozialismus und soziale Demokratie. Der politische Weg Willi Eichlers vom ISK zur SPD*, Bonn 1988; Klaus VOIGT (Hrsg.), *Friedenssicherung und europäische Einigung. Ideen des deutschen Exils 1933-1945*, Frankfurt/M. 1988; Fritz EBERHARD, *Arbeit gegen das Dritte Reich*, Berlin 1974; *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933*, 3 Bde., München 1980-1983.

⁵² Vgl. u.a. Susanne MILLER, *Der Weg zum Godesberger Grundsatzprogramm* [1994], in: DIES., *Sozialdemokratie als Lebenssinn. Aufsätze zur Geschichte und Gegenwart der SPD*, Bonn 1995, S. 297-305; Helga GREBING, *Der Sozialismus*, in: Axel SCHILDT/Arnold SYWOTTEK (Hrsg.), *Modernisierung im Wiederaufbau* (wie Anm. 49), S. 646-658; DIES., *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick*, München 1966; S. LEMKE-MÜLLER, *Ethischer Sozialismus und soziale Demokratie* (wie Anm. 51); Klaus SCHÖNHOFEN, *Die deutschen Gewerkschaften*, Frankfurt/M. 1987; Hans-Otto HEMMER/Kurt Th. SCHMITZ (Hrsg.), *Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute*, Köln 1990.

⁵³ Michael HELD, *Sozialdemokratie und Keynesianismus. Von der Weltwirtschaftskrise bis zum Godesberger Programm*, Frankfurt/M. 1982.

⁵⁴ W. LINK, *Deutsche und amerikanische Gewerkschaften und Geschäftsleute* (wie Anm. 50);

Gegen Ende der fünfziger Jahre war insgesamt der Prozeß der Westorientierung, der seit der Konsolidierung der Adenauer-Ära wirksam geworden war, weitgehend abgeschlossen. Die Bundesrepublik hatte sich der westlichen Wertegemeinschaft angeschlossen, auch wenn auf den ersten Blick noch immer Adenauers »autoritäre Kanzlerdemokratie«⁵⁵ das politische Klima prägte und die westdeutsche Gesellschaft der fünfziger und frühen sechziger Jahre bei aller Westlichkeit eng und provinziell blieb, »motorisiertes Biedermeier« herrschte.

Von nun an unterlag die Bundesrepublik dem gesamtwestlichen gesellschaftlichen Wandel, der sich mit dem Aufkommen der »New Left« in Westeuropa und Nordamerika ab 1957/58 abzuzeichnen begann und bald einer ganz neuen Form der politischen Auseinandersetzung breite Wirksamkeit verschaffen sollte: den neuen sozialen Bewegungen, wie der Friedensbewegung, der Frauen-, der Menschenrechts- und der Ökobewegung sowie der Außerparlamentarischen Opposition.⁵⁶

Zu Beginn der sechziger Jahre machten die »Spiegelkrise« und die Reaktion der Öffentlichkeit deutlich, wie sensibel die westdeutsche Gesellschaft für den Bereich der Meinungsfreiheit geworden war; wie sehr die Rolle der Presse als Kontrollorgan der Regierung inzwischen im öffentlichen Bewußtsein verankert war.⁵⁷ Auch in der Geschichtswissenschaft machte sich der gesellschaftliche Wandel der sechziger Jahre bemerkbar. Die durch die Fischer-Kontroverse um die deutsche Kriegsschuld am Ersten Weltkrieg ausgelöste Theoriedebatte wurde, verstärkt durch einen Generationswechsel, zum »Katalysator einschneidender Veränderungen« in der Neueren Geschichtswissenschaft. Traditionellen historistischen Denkmustern traten nun sozial- und strukturgeschichtliche Forschungsansätze an die Seite.⁵⁸ Besonders deutlich ist der amerikanische Einfluß auf die westdeutsche Politik- und

Horst LADEMACHER (Hrsg.), *Gewerkschaften im Ost-West-Konflikt. Die Politik der American Federation of Labor nach dem II. Weltkrieg*, Melsungen 1982; Robert H. ZIEGER, *The CIO 1935-1955*, Chapel Hill 1995.

55 Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Strukturmerkmale der Kanzlerdemokratie*, in: *Der Staat* 30 (1991), S. 1-18; H.-J. RUIEPER, *Amerikanische Demokratisierungspolitik* (wie Anm. 38), S. 207.

56 Karl A. OTTO, *Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960-70*, Frankfurt/M. 1977; Helmut SCHELSKY, *Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend*, Düsseldorf 1957; G.A. ALMOND/S. VERBA (Hrsg.), *The Civic Culture Revisited*, Boston 1980; Karl W. BRAND, *Kontinuität und Diskontinuität in den neuen sozialen Bewegungen*, in: R. ROTH/D. RUCHT (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1987, S. 30-44; Arthur MARWICK, *British Society since 1945*, London 1982.

57 Martin LÖFFLER, *Der Verfassungsauftrag der Presse. Modellfall »Spiegel«*, Karlsruhe 1963; Jürgen SEIFERT (Hrsg.), *Die Spiegelaffäre*, 2 Bde., Freiburg 1966; David SCHOENBAUM, *Ein Abrund von Landesverrat. Die Affäre um den Spiegel*, Wien 1968.

58 Zitat s. Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Deutsche Zeitgeschichte nach 1945*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 41 (1993), S. 1-29; vgl. Arnold SYWOTTEK, *Die Fischer-*

Sozialwissenschaft der Nachkriegszeit; erwähnt seien hier nur die Arbeiten von Ralf Dahrendorf, Ernst Fraenkel und Hans-Peter Schwarz.⁵⁹ Als Auseinandersetzung um das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft und damit um sozialwissenschaftliches Selbstverständnis muß der Positivismus-Streit in der Sozialwissenschaft, die »Auseinandersetzung der Frankfurter Schule mit dem logischen Positivismus, dem amerikanischen Pragmatismus und dem kritischen Rationalismus«, als ein Markstein gelten.⁶⁰ Auch im kulturellen Bereich ließen die Folgen des Wandels nicht lange auf sich warten: die Politisierung des Theaters wurde manifest, als Rolf Hochhuths »Stellvertreter« aus dem Jahr 1963 eine öffentliche Debatte um die Rolle der Katholischen Kirche im Nationalsozialismus auslöste, die auch vor hergebrachten Autoritäten und Tabus nicht mehr haltmachte. »Daß man Papst Pius XII., der bei seinem Tod im Jahre 1958 überall in der westlichen Welt geachtet und verehrt wurde, nun auf der Bühne der Mitverantwortung für den nationalsozialistischen Judenmord bezichtigte, machte den Umschwung des Klimas drastisch spürbar.«⁶¹

Kurz, der gesellschaftliche Wandel war seit Ende der fünfziger spürbar und wurde im Lauf der sechziger Jahre immer deutlicher. Es handelte sich jedoch, dies sei hier noch einmal betont, nicht mehr um die Annäherung der Bundesrepublik an die westlich-atlantische Wertegemeinschaft, die ja für sich auch nicht statisch war, sondern vielmehr um den Mitvollzug einer gesellschaftlichen Veränderung, die für Westeuropa und Nordamerika insgesamt wirksam war.

Kontroverse. Ein Beitrag zur Entwicklung historisch-politischen Bewußtseins in der Bundesrepublik, in: Immanuel GEISS/Bernd Jürgen WENDT (Hrsg.), *Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts*, Düsseldorf 1973, S. 19-47; Volker BERGHAHN, *Die Fischer-Kontroverse – 15 Jahre danach*, in: *GG* 6 (1980), S. 403-419; Wolfgang JÄGER, *Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914-1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges*, Göttingen 1984. Allgemein zur Entwicklung der deutschen Historiographie nach 1945 siehe Bernd FAULENBACH, *Die deutsche Historiographie und die Nachkriegsentwicklung in Deutschland*, in: *Von der Aufgabe der Freiheit. Festschrift für Hans Mommsen*, hrsg. v. Christian JANSEN u.a., Berlin 1995, S. 99-116.

59 Vgl. z.B. Ralf DAHRENDORF, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1966; Ernst FRAENKEL, *Deutschland und die westlichen Demokratien*, Stuttgart 1964; Hans-Peter SCHWARZ, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945 bis 1949*, Neuwied 1966.

60 Hans Joachim DAHMS, *Positivismusstreit. Die Auseinandersetzung der Frankfurter Schule mit dem logischen Positivismus, dem amerikanischen Pragmatismus und dem kritischen Rationalismus*, Frankfurt/M. 1994; s. die Beiträge in: *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie* von Theodor W. Adorno, Hans Albert, Ralf Dahrendorf, Jürgen Habermas, Harald Pilot und Karl R. Popper, München 1993 (1969).

61 Zitat s. Klaus HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bd. 4), Stuttgart 1984, S. 432; Vgl. Hermann GLASER, *Die Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 2: *Zwischen Grundgesetz und Großer Koalition 1949-1967*, Frankfurt/M. 1990, S. 246.

IV. Kräfte der Beharrung und die Resistenz von ›deutschen‹ Werten

Wie bei geistig-ideellen Veränderungsprozessen in modernen, komplexen Gesellschaften generell nicht anders zu erwarten, hat auch die Verwestlichung der Bundesrepublik keineswegs die gesamte Bevölkerung in gleichem Maße erfaßt. Vielmehr bestanden häufig alte, traditionell deutsche Wertemuster weiter und wurden von ihren Trägern gegen den Ansturm der westlich-amerikanischen Ideologieangebote verteidigt. Obwohl mit dem Zusammenbruch des Dritten Reiches das ganze Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen offenbar wurde, kann von einer daher motivierten, sofortigen und nachhaltigen Neuorientierung der Deutschen nicht gesprochen werden. Die Kontinuität der ideellen Dispositionen überwog zunächst bei weitem die Neuansätze.⁶² Das Bekenntnis zu explizit nationalsozialistischen Wertvorstellungen war zwar öffentlich tabuisiert, latent aber weiterhin vorhanden. Demoskopische Daten aus den vierziger und frühen fünfziger Jahren⁶³ legen diesen Befund nahe: 1948 hielten 57 Prozent der Westdeutschen den Nationalsozialismus für eine im Grunde gute Idee, die nur schlecht ausgeführt worden sei, und drei Jahre später nannten 40 Prozent auf die Frage, wann es ihnen am besten gegangen sei, die Zeit zwischen 1933 und 1938. Die Umfrageergebnisse brachten zugleich einen Tatbestand ans Licht, der überraschte: So sehr sich das NS-Regime bemüht hatte, die Bevölkerung zu indoktrinieren, so wenig war es ihm gelungen, der Mehrheit die ›essentials‹ der braunen Ideologie zu vermitteln; die Kenntnisse über das nationalsozialistische Programm erwiesen sich nach zwölfjähriger Herrschaft als höchst diffus. Die Befragten beurteilten vor allem die soziale und wirtschaftliche Sicherheit der dreißiger Jahre positiv. An zweiter Stelle lobten sie die öffentliche Ruhe und Ordnung, die nach den Wirren in der Endphase der Weimarer Republik unter Hitler eingeleitet sei, als besondere Leistung des Nationalsozialismus. Damit bekannten sie sich subjektiv zwar zu den ›guten‹ Seiten der Diktatur, in Wahrheit aber rekurrierten sie auf traditionell deutsche Werte, die sich die NS-Propagandisten geschickt zu Nutze gemacht hatten, um die Deutschen für ihr Programm zu gewinnen. Die stark ausgeprägte etatistische Tradition des Bürgertums und die weit

62 Vgl. A. SCHILDT, *Moderne Zeiten* (wie Anm 2), S. 319.

63 Die Umfrageergebnisse des Allensbacher Instituts für Demoskopie sind wiederholt dahingehend interpretiert worden, z.B. von Edgar PIEL, *Spuren der NS-Ideologie im Nachkriegsdeutschland*, in: H. OBERREUTER/J. WEBER (Hrsg.), *Freundliche Feinde?* (wie Anm. 38), S. 145-163. Martin und Sylvia GREIFFENHAGEN, *Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland*, München 1993, S. 57 f. Felix Ph. LUTZ, *Empirisches Datenmaterial zum historisch-politischen Bewußtsein*, in: *Bundesrepublik Deutschland. Geschichte – Bewußtsein* (Studien zur Geschichte und Politik, Bd. 273), Bonn 1989, S. 150-169. A. SCHILDT, *Moderne Zeiten* (wie Anm. 2), S. 306 f.

verbreitete nationalistische Grundhaltung hatten dem ideologischen Werben zu einigem Erfolg verholfen.

Die Wertwandelforschung seit den sechziger Jahren hat die These empirisch untermauert, daß sich die Wertekategorien in modernen Gesellschaften besonders stark und nachhaltig durch den Generationswechsel verändern. Die Individuen wechseln ihre grundlegenden Verhaltensdispositionen dagegen kaum.⁶⁴ Es ist also durchaus naheliegend zu vermuten, daß die ›deutschen‹ Werte mit der ›Stunde Null‹ nicht einfach verschwanden. Wo aber wurden sie, so ist die Frage nach Gegenkräften gegen eine Verwestlichung der Bundesrepublik zu präzisieren, hochgehalten und weiterhin propagiert? Die demoskopischen Daten leiden für eine derartige Analyse an einem Defizit, das im Nachhinein nicht mehr zu beheben ist. Da sie kaum nach Angaben über Sozialniveau, Parteizugehörigkeit, Konfessionsbindung sowie Alter und Geschlecht differenziert sind, eignen sie sich nicht als Grundlage weitergehender Nachforschungen. Also müssen andere Wege gegangen werden, wenn man nach Antworten auf die Frage sucht, in welchen gesellschaftlichen Teilbereichen traditionelle Wertvorstellungen weitergalten, die gegen das für Deutschland neue atlantisch-westeuropäische Wertesystem immunisierend wirkten. Der geistesgeschichtliche Zugriff läßt eine Reihe von Gruppierungen in den Blick treten, deren Gedanken- und Ideenwelt sich vorwiegend in althergebrachten Bahnen bewegte und sich grundlegenden Veränderungen lange oder dauerhaft verweigerte.

An erster Stelle sind hier die Parteien vom rechten und linken Rand des bundesdeutschen Parteienspektrums zu nennen, die sich nicht in den demokratischen Grundkonsens des westlichen Teilstaats einbinden ließen. Überzeugte Nationalsozialisten, die ihre braune Vergangenheit nur unzureichend zu verbergen suchten und trotz der Niederlage und der deutschen Kriegsverbrechen mehr oder weniger unverblümt an die NS-Zeit anknüpfen wollten, gründeten in Niedersachsen die Sozialistische Reichspartei (SRP).⁶⁵ Vor allem ehemalige NSDAP-Funktionäre, jüngere Frontoffiziere und einstige HJ-Mitglieder waren in der Partei zu finden. Die Mitglieder und Anhänger der SRP kamen aus Personengruppen, die so stark von der nationalsozialistischen Ideologie geprägt worden waren, daß sie

64 Ronald INGLEHART, *Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt*, Frankfurt 1995, S. 167 f.

65 Zur SRP siehe Horst W. SCHMOLLINGER, *Die sozialistische Reichspartei*, in: Richard STÖSS, *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Bd. 4, (Sonderausgabe) Opladen 1986, S. 2274-2336. Hans-Peter SCHWARZ, *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-1957* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2), Stuttgart 1981, S. 130-133. Manfred ROWOLD, *Im Schatten der Macht. Zur Oppositionsrolle der nicht-etablierten Parteien in der Bundesrepublik* (Bonner Schriften zur Politik- und Zeitgeschichte, Bd. 9), Düsseldorf 1974, S. 30 f.

sich auch nach 1945 davon nicht frei machen konnten. Die Partei, die auf dem Höhepunkt ihrer politischen Erfolge immerhin 40.000 Mitglieder hatte, konnte bei den niedersächsischen Landtagswahlen im Mai 1951 16 Mandate gewinnen. Ihre erklärten Hauptziele, das Deutsche Reich wiederherzustellen und die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik zu beseitigen, waren für das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1952 Grund genug, die SRP zu verbieten. Ihre Anhänger und Mitglieder suchten danach in anderen rechtsextremen Organisationen Unterschlupf, eine Reihe von ihnen spielte später in der NPD eine Rolle, andere akzeptierten das politische System der Bundesrepublik und paßten sich in die großen Volksparteien ein.

Auf der linken Seite des westdeutschen Parteiensystems standen die Kommunisten. Die KPD war als marxistisch-leninistische Partei in erster Linie auf Moskau hin orientiert und sah den Westen ausschließlich als ideologischen und militärischen Gegner. Im Klassenkampf hatten westlich-demokratische Werte keinen Platz, traten nur als Gegenpol zu den eigenen Gesellschaftsentwürfen in den Blick. Da die KPD direkt von der SED abhängig war, folgte sie auch dem dezidiert nationalen Kurs der ostdeutschen Einheitspartei Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre, lehnte sie die Oder-Neiße-Linie ab und bekämpfte die Abtrennung des Saargebiets. Als die westdeutschen Kommunisten den Stalinkult von der SED übernahmen, verloren sie viel von ihrer Anziehungskraft. Die sich mehr und mehr verhärtenden Fronten im Ost-West-Konflikt taten ein übriges. Zwischen 1948 und 1951 halbierte sich die Mitgliederzahl der KPD. Nach ihrem Verbot im Jahre 1956 gründeten die Kommunisten mit der DKP geraume Zeit später eine neue Partei, die allerdings politisch bedeutungslos blieb. Unter den Bedingungen des Kalten Krieges hatte die kommunistische Ideologie keine Anziehungskraft für weitere Bevölkerungskreise der Bundesrepublik.⁶⁶

Zu den Kennzeichen der bundesdeutschen Gesellschaft gehört – wie in anderen westlichen Staaten auch – ein breit ausdifferenziertes Verbandswesen. Einige dieser zahlreichen Organisationen verstanden es geradezu als ihre Hauptaufgabe, traditionell deutsche Wertvorstellungen zu konservieren. Dazu gehörten zum Beispiel die Soldatenverbände. Die hier organisierten früheren Militärs stellten ein beachtliches Potential für antiwestliche Einstellungen dar.⁶⁷ Sie sahen sich als Bewahrer der militärischen Tradition Deutschlands und verteidigten deren Werte wie Pflichterfüllung, Treue, Gehorsam und militärische Opferbereitschaft. Die einstigen Offiziere und Berufssoldaten führten ihr militärisches Ethos auf preußische Wurzeln zurück und versuchten sich als mißbrauchte Opfer des Nationalsozialismus zu

⁶⁶ Vgl. Dietrich STARITZ, *Die Kommunistische Partei Deutschlands*, in: Richard STÖSS, *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Bd. 3, (Sonderausgabe) Opladen 1986, S. 1663-1809.

⁶⁷ H.-P. SCHWARZ, *Ära Adenauer* (wie Anm. 65), S. 133 f.

rechtfertigen. In ihrem Kampf um gesellschaftliche Anerkennung griffen sie deshalb bewußt den Gedanken der staatsloyalen, aber politisch »neutralen« Reichswehr des Kaiserreichs und der Weimarer Republik auf. Die Vorstellung von einer Armee, die in der demokratischen Gesellschaft verankert, sich am Leitbild des »Staatsbürgers in Uniform« orientieren und dem Konzept der »Inneren Führung« verpflichtet sein sollte, konnten sie wenig Sympathie abgewinnen.⁶⁸ Aus ihren Reihen kam später nicht geringer Widerstand gegen die Pläne Wolf Graf Baudissins, der seine Reformpläne mit Hilfe anpassungsbereiter ehemaliger Wehrmachtsoffiziere dennoch grundsätzlich durchsetzen konnte.⁶⁹ Er verpflichtete das Offizierskorps auf den Ehrbegriff der Männer des 20. Juli und verankerte die seit 1956 entstehende Bundeswehr in der Tradition der Militärführung aus der Zeit der Befreiungskriege und der Preußischen Reformen. Diese war nicht nur wesentlich älter, aus ihr konnten auch Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde entlehnt werden, die leichter mit demokratischem Bewußtsein zu verbinden waren als das soldatische Sonderbewußtsein des späten Kaiserreichs und der Weimarer Republik.⁷⁰

Höchstwahrscheinlich gab es in den fünfziger Jahren noch eine ganze Reihe weiterer Organisationen und Interessengruppen, in denen rückwärts-gewandtes Gedankengut tradiert wurde. Sie dienten unter anderem der Selbstvergewisserung derer, die sich nicht auf die veränderten Bedingungen der Nachkriegszeit einstellen wollten, sondern ihr Heil in Nostalgie und politischen Anachronismen suchten. Man könnte hier beispielsweise an Altherrenschaften studentischer Korporationen denken oder auch an Teile der Vertriebenenverbände.

Der Blick soll aber im folgenden von solchen Vereinigungen weg, auf Parteien und gesellschaftliche Großgruppen gelenkt werden, die am demokratisch-antikommunistischen Konsens der Bundesrepublik partizipierten, in Teilbereichen aber von antiwestlichen Haltungen bestimmt wurden.

Unter den Parteien, die den Konzentrationsprozeß der fünfziger Jahre überlebten, war in der FDP der prozentuale Anteil an »Antiwestlern« unter den Mitgliedern am größten. Sie formierten sich in einem starken nationalliberalen Flügel,⁷¹ der andere Werteprioritäten setzte als der liberalde-

68 Vgl. Hans-Jürgen RAUTENBERG, *Zur Standortbestimmung für künftige deutsche Streitkräfte*, in: *Anfänge westdeutscher Verteidigungspolitik 1945-1956*, Bd. 1: *Von der Kapitulation bis zum Plevan-Plan*, München 1982, S. 737-879, hier S. 806.

69 Vgl. H.-P. SCHWARZ, *Ära Adenauer* (wie Anm. 65), S. 287-282.

70 H.-J. RAUTENBERG, *Standortbestimmung* (wie Anm. 68), S. 831. Vgl. auch Donald ABENHEIM, *Bundeswehr und Tradition. Die Suche nach dem gültigen Erbe des deutschen Soldaten* (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 27), München 1989.

71 Siehe dazu Lothar ALBERTIN, *Das theoriearme Jahrzehnt der Liberalen*, in: Axel SCHILD/Arnold SYWOTTEK (Hrsg.), *Modernisierung im Wiederaufbau* (wie Anm. 49), S. 659-676.

mokratische. Die Nationalliberalen – am stärksten in Nordrhein-Westfalen vertreten – wollten die Besitzverhältnisse der Ruhrindustrie konservieren und setzten dabei auf ein streng liberal-kapitalistisches, antisozialistisches Wirtschaftskonzept. Ihr Kurs wurde vor allem von den konservativen Industrieeleiten an Rhein und Ruhr unterstützt, weil er sowohl mit deren ökonomischen wie auch politischen Interessen konform ging. Sozialisierungs- und Mitbestimmungsforderungen zurückzuweisen, gewerkschaftlichen Einfluß auf die Firmenleitung möglichst auszuschalten und die soziale Komponente im Erhard'schen Wirtschaftssystem so gering wie möglich zu halten, kam den Wünschen der Unternehmerkreise entgegen. Um einen breiteren Rückhalt bemüht, fanden die Nationalliberalen ihr Wählerpotential unter Flüchtlingen und Vertriebenen sowie unter nach wie vor nationalsozialistisch beeinflussten Offizieren und Beamten.⁷² Sie alle wurden mit einer nationalen Rhetorik angesprochen, die sich im Rückgriff auf den Nationalismus der zwanziger Jahre als vom nationalsozialistischen Mißbrauch gereinigt präsentierte. Daß die Nationalliberalen auf der Rückgabe der Ostgebiete beharrten, eine Ehrenklärung für die deutschen Soldaten forderten und die Entnazifizierung kritisierten, unterschied sie nicht grundsätzlich von anderen bürgerlichen Parteien. Das nationale Pathos allerdings, mit dem diese Themen behandelt wurden, war besonders stark ausgeprägt, bediente sich des althergebrachten Vokabulars und wies unzweifelhaft in die Vergangenheit zurück.

Auf traditionelle Denkmuster ganz anderen Ursprungs griffen konservative Katholiken zurück, unter denen die Unionsparteien ihre treuesten Anhänger hatten. Ihre religiös begründeten Moralvorstellungen wurzelten wie die katholische Soziallehre in der kirchlichen Lehrtradition, die universale Gültigkeit beanspruchte. Sie enthielt einen reichen Fundus an Wertorientierungen, die mit denen einer westlich-pluralistischen Gesellschaft kollidieren mußten. So rangierte beispielsweise für Katholiken der Schutz von Religion, Sitte und Moral eindeutig über dem Ideal der Pressefreiheit. Die Kampagnen der fünfziger Jahre gegen ›Schmutz und Schund‹ zielten darauf, eine beschränkte Pressezensur in der Bundesrepublik einzuführen. Die Kritik am ›westlichen Materialismus‹ der USA, um ein weiteres Beispiel zu nennen, fußte zwar auch im bürgerlich-konservativen Gefühl der Überlegenheit der europäischen Kultur,⁷³ basierte aber vor allem auf konservativ-ständestaatlichen Ideen der katholischen Soziallehre, die mit einer offenen westlichen Gesellschaft oftmals unvereinbar waren. Kirchliche Kreise propagierten die Orientierung an einer naturrechtlich begründeten, vormodernen

⁷² Vgl. Theodor ESCHENBURG, *Jahre der Besatzung 1945-1949* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1), Stuttgart 1981, S. 202-205.

⁷³ Vgl. A. SCHILDT, *Ideologien* (wie Anm. 49), S. 627-635.

Sozialordnung unter dem Schlagwort vom »christlichen Abendland«.⁷⁴ Diese Formel griff bis auf die Antike sowie auf ein idealisiertes Geschichtsbild des Mittelalters und der Frühneuzeit zurück, in dem das Christentum als geistig führende Macht bei der kulturellen Einigung der Völker Europas erschien. Im Hinblick auf die westeuropäische Integration waren die Abendlandvorstellungen durchaus innovativ, kultur- und gesellschaftspolitisch dagegen reaktionär.⁷⁵ Indem nämlich die Geschichte der Moderne als ein fortdauernder Abfall von Gott, als Säkularisation, verstanden wurde, wurde die »Rechristianisierung«⁷⁶ der Gesellschaft zum Programm erhoben und damit einer kirchlichen Monopolstellung bei der Wertebegründung das Wort geredet, die dem Pluralismus zuwiderlief.

Die außen- und wirtschaftspolitischen Weichenstellungen in der Bundesrepublik akzeptierten die meisten Katholiken dagegen vorbehaltlos. Der Gedanke an ein vereintes Europa lag ihnen nicht fern, da sie sich als Mitglieder einer weltumspannenden religiösen Gemeinschaft ohnehin von der supranationalen »Zentrale« in Rom regiert sahen. Und im ökonomischen Bereich konnte nicht übersehen werden, daß in der Sozialen Marktwirtschaft eine Reihe von Grundforderungen der kirchlichen Soziallehre erfüllt waren. Deren Prinzipien – Subsidiarität, Solidarität und Personalität – waren Bestandteil des westdeutschen Wirtschaftssystems geworden. Zudem darf ein wichtiger Faktor nicht vergessen werden: Der Antikommunismus konnte im Katholizismus auf eine lange Geschichte zurückschauen. Zugleich wird an dieser Tatsache besonders deutlich, daß die deutschen Katholiken sich nicht vornehmlich aus Sympathie für westlich-atlantische Werte zur Bundesrepublik bekannten. Vielmehr entsprachen einige dieser Werte durchaus der eigenen, römisch-katholischen theologischen wie religiös-sittlichen Tradition; man könnte deshalb auch von einer nicht genuin westlichen »Westlichkeit« des deutschen Katholizismus sprechen.

Daß das Denken vieler Katholiken gesellschaftspolitisch dagegen traditionellen Bahnen verhaftet blieb, lag nicht zuletzt daran, daß sich das katholische Milieu, jene konfessionell begrenzte Lebenswelt, die im Kulturkampf

⁷⁴ Zum Abendlandbegriff siehe Heinz HÜRTEN, *Der Topos vom christlichen Abendland in Literatur und Publizistik nach den beiden Weltkriegen*, in: Albrecht LANGNER (Hrsg.), *Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800* (Beiträge zur Katholizismusforschung), Paderborn 1985, S. 131-154.

⁷⁵ Vgl. A. SCHILDT, *Moderne Zeiten* (wie Anm. 2), S. 333 f.

⁷⁶ Vgl. Wolfgang LÖHR, *Rechristianisierungsvorstellungen im deutschen Katholizismus 1945-1948*, in: Jochen-Christoph KAISER/Anselm DOERING-MANTEUFFEL (Hrsg.), *Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland* (Konfession und Gesellschaft, Bd. 2), Stuttgart 1990, S. 25-41. Martin GRESCHAT, »Rechristianisierung« und »Säkularisierung«. Anmerkungen zu einem europäischen interkonfessionellen Interpretationsmodell, in: ebd., S. 1-24.

entstanden war, als äußerst stabil erwiesen hatte.⁷⁷ Vor allem in geschlossenen katholischen, ländlichen Gebieten bestimmte die Kirchenzugehörigkeit weiterhin die sozialen Kontakte sowie den Tages- und Jahresrhythmus. Erst zu Beginn der sechziger Jahre setzte ein massiver Erosionsprozeß des katholischen Milieus ein, in dessen Gefolge sich auch die Wertorientierungen der Katholiken zunehmend veränderten.

Der Katholizismus der fünfziger und frühen sechziger Jahre stellte keineswegs einen monolithischen Block dar. Gegenüber dem sowohl politisch wie theologisch und konfessionell fraktionierten Protestantismus war er aber in sich wesentlich geschlossener. Das Bild des Protestantismus ist deshalb facettenreicher und geistesgeschichtlich schwerer in den Griff zu bekommen.⁷⁸ Vereinfachend lassen sich in der neugegründeten EKD zwei Richtungen ausmachen, die miteinander um den rechten Weg der Kirche stritten:⁷⁹ auf der einen Seite konfessionelle Lutheraner aus dem ›gemäßigten‹ Flügel der Bekennenden Kirche (BK), vorwiegend in den sogenannten intakten Landeskirchen Bayerns, Württembergs und Hannovers beheimatet; auf der anderen Anhänger der Barth'schen Theologie, die dem ›radikalen‹ bruderrätlichen Flügel der BK entstammten.⁸⁰ Letztere forderten einen grundlegenden Neuanfang der evangelischen Kirche, die sich aufgrund der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre und dadurch bedingtem Obrigkeitsgehorsam am Aufkommen des Nationalsozialismus mitschuldig gemacht habe. Ihre politischen Vorstellungen zielten auf eine direkte Demokratie mit ausgeprägten plebiszitären Elementen.⁸¹ Die Kirche sollte ein extensiv

77 Karl GABRIEL, *Zwischen Tradition und Modernisierung. Katholizismus und katholisches Milieu in den fünfziger Jahren der Bundesrepublik*, in: Anselm DOERING-MANTEUFFEL/Kurt NOWAK (Hrsg.), *Kirchliche Zeitgeschichte. Urteilsbildung und Methoden* (Konfession und Gesellschaft, Bd. 8), Stuttgart 1996, S. 248-262.

78 Zu den grundlegenden politischen Orientierungen führender deutscher Protestanten vgl. die Einleitung zu »*Zum politischen Weg unseres Volkes*«, *Politische Leitbilder und Vorstellungen im deutschen Protestantismus 1945-1952. Eine Dokumentation*, bearb. v. Dorothee BUCHHAAS-BIRKHOLZ, Düsseldorf 1989, S. 9-33.

79 Die Reste der stark nationalsozialistisch geprägten ehemaligen Deutschen Christen spielten kirchenpolitisch in der Bundesrepublik keine Rolle mehr.

80 Zu den theologischen und kirchenpolitischen Wurzeln der Spannungen zwischen den beiden Gruppen, die im Kirchenkampf der dreißiger Jahre liegen, siehe Klaus SCHOLDER, *Kirchenkampf*, in: DERS., *Die Kirchen zwischen Republik und Gewaltherrschaft. Gesammelte Aufsätze*, hrsg. von Karl Otmar von Aretin und Gerhard Besier, Berlin 1988, S. 170.

81 In der Literatur sind deshalb die Barthianer häufig als die alleinigen ›Väter‹ einer protestantischen Demokratiekonzeption dargestellt worden, vgl. z.B. Ernst WOLF, *Volk, Nation und Vaterland im protestantischen Denken von 1930 bis zur Gegenwart*, in: Horst ZILLESSEN (Hrsg.), *Volk – Nation – Vaterland. Der deutsche Protestantismus und der Nationalismus* (Veröffentlichungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der evangelischen Kirche in Deutschland, Bd. 2), Gütersloh 1970, S. 172-212, hier S. 208 f. Wolfgang HUBER, *Protestantismus und Demokratie*, in: DERS., *Protestanten in der Demokratie. Positionen und Profile im Nachkriegsdeutschland*, München 1990, S. 11-36, besonders S. 29-31.

ausgelegtes ›Wächteramt‹ wahrnehmen, das – im Extremfall – mit prophetischem Anspruch auftreten konnte. Auch wenn das Modell einer plebiszitären Demokratie, etwa nach Schweizer Vorbild, nicht als antiwestlich bezeichnet werden kann, entspricht es nicht den repräsentativ-demokratischen politischen System der westeuropäisch-angloamerikanischen Staaten. Die Forderung bruderrätlicher Kreise nach einer Neuwahl des Bundestages, auf dem Höhepunkt des Wiederbewaffnungsstreits⁸² Anfang der fünfziger Jahre erhoben, weil die Abgeordneten für eine solch weitreichende, bei der Wahl noch nicht vorhersehbare politische Entscheidung kein Mandat hätten, offenbart ein tiefsitzendes Mißtrauen gegen das repräsentativ-parlamentarische System.⁸³ Dazu kam ein Antiamerikanismus, der – wie etwa bei Martin Niemöller – teilweise irrationale Züge tragen konnte. Niemöller, einer der bekanntesten Vertreter des deutschen Protestantismus im In- und Ausland und Leitfigur einer zwar kleinen, aber politisch äußerst aktiven Gruppe in der evangelischen Kirche, lehnte nicht nur die Westintegration der Bundesrepublik ab, sondern den westlichen Teilstaat überhaupt.⁸⁴ Konfessionelle Motive spielten dabei eine entscheidende Rolle, hatte doch der deutsche Protestantismus durch die Teilung des Landes seine Kernlande an den kommunistischen Osten verloren. Die Frage der Wiedervereinigung spielte deshalb auch für evangelische Bundesbürger eine viel wichtigere Rolle als für katholische. Das führte dazu, daß der Blick vieler Protestanten deutschlandzentriert blieb, daß der Europagedanke und die Idee enger transatlantischer Bindungen ihnen fremd blieb. Das galt so gut wie für alle Richtungen, vom ›linken‹ bruderrätlichen bis hin zu ›rechten‹ konservativen, in denen zum Teil der alte ›Pastorennationalismus‹⁸⁵ der Weimarer Zeit weiterlebte.

Eine Ausnahme bilden hier nur jene Protestanten, die schon seit den zwanziger Jahren engagiert an der ökumenischen Zusammenarbeit partizipierten. Sie waren mit der Welt des angelsächsischen Protestantismus

82 Zum Wiederbewaffnungsstreit, der den deutschen Protestantismus vor eine Zerreißprobe stellte, siehe Johanna VOGEL, *Kirche und Wiederbewaffnung. Die Haltung der Evangelischen Kirche in Deutschland in den Auseinandersetzungen um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik 1949-1956* (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte, Bd. 4), Göttingen 1978.

83 Konsequenter weitergedacht, läuft diese Forderung darauf hinaus, das imperative Mandat einzuführen. In der Regel sind die parlamentarischen Entscheidungen einer Legislaturperiode bei der Wahl nämlich noch nicht absehbar. Welche Abstimmungen von so weitreichender Bedeutung sind, daß der einzelne Abgeordnete dabei nicht allein seinem Gewissen, sondern dem Willen seiner Wähler folgen muß, unterliegt allein subjektiven Kriterien.

84 Zur Person Martin Niemöllers siehe Martin GRESCHAT, *Martin Niemöller*, in: DERS. (Hrsg.), *Gestalten der Kirchengeschichte*, Bd. 10,2, Stuttgart 1993, S. 187-204.

85 Die sukzessive Lösung des deutschen Protestantismus von seinem national-protestantischen Paradigma behandelt Günther VAN NORDEN, *Der deutsche Protestantismus: Zwischen Patriotismus und Bekenntnis*, in: Günther HEYDEMANN/Lothar KETTENACKER (Hrsg.), *Kirche in der Diktatur. Drittes Reich und SED-Staat*, Göttingen 1993, S. 88-108.

vertraut, sprachen vielfach Englisch und knüpften nach 1945 an die Vorkriegskontakte wieder an. Ihnen fiel es deshalb leichter, die Entscheidung für eine politische Westintegration der Bundesrepublik zu akzeptieren, zumal die Deutschen materiell und ideell von der Zusammenarbeit mit englischen, amerikanischen und westeuropäischen Kirchenvertretern profitierten. Von diesen wurden jene Neuansätze im deutschen Protestantismus unterstützt, die auf eine institutionalisierte öffentliche Präsenz der Kirche zielten,⁸⁶ die evangelischen Akademien ebenso wie der Deutsche Evangelische Kirchentag. Die ökumenische Zusammenarbeit führte nun aber nicht dazu, daß auf deutscher Seite mit einem Schlag gesellschaftspolitische Ideen der westlichen Partner übernommen wurden. Vielmehr ist ein ausgesprochenes Theoriedefizit festzustellen; pragmatisches Handeln mit dem Ziel, der scheinbar orientierungslos gewordenen deutschen Bevölkerung christliche Werte zu vermitteln und den kirchlichen Einfluß in der Öffentlichkeit zu stärken, stand ganz im Vordergrund. Erst im Laufe der Zeit gelangten auf diesem Wege auch westlich-amerikanische Leitbilder nach Deutschland. Sie wurden dort aktiv und freiwillig übernommen, wo sie sich in deutsche Vorstellungen, die weiterhin vorherrschten, einpassen ließen. Am stärksten war das im ökonomischen Bereich der Fall, in dem der Vorsprung Amerikas für jeden offensichtlich war; am wenigsten auf bildungspolitischem Gebiet, auf dem traditionelles, autoritäres Denken allen egalitären amerikanischen Tendenzen widerstand. Als in den sechziger Jahren die Studentenbewegung ihre Forderungen nach Partizipation und Mitbestimmung erhob, standen die Vertreter des prinzipiell ›westoffenen‹ Protestantismus deshalb auch völlig verständnislos vor diesem gesamtwestlichen Phänomen. Hier stieß die konservative ›Westlichkeit‹ im deutschen Protestantismus an ihre Grenzen.

Insgesamt ist an den skizzierten Beispielen erkennbar, daß die Ausgangslage für eine Verwestlichung der Bundesrepublik in den frühen fünfziger Jahren keineswegs allzugroßen Optimismus rechtfertigte. Neben kleinen Gruppen, die aus Überzeugung, bewußt und aktiv, auf eine geistig-ideelle Verankerung im Westen hinarbeiteten, gab es eine Fülle von Residualbereichen, in denen traditionell deutsche und konservativ-anti- oder nichtwestliche Werte aus anderen Quellen tradiert wurden. Wie die Träger solcher Einstellungen für den westlich-demokratischen Grundkonsens der Bundesrepublik gewonnen werden konnten, ob sie nicht vielmehr ihre Wertekategorien unter dem Deckmantel dieses Konsenses konservierten und wie erfolgreich die Protagonisten westlicher Werte und Einstellungen letztendlich waren,

⁸⁶ Zu den verschiedenen theologischen und kirchenpolitischen Konzepten, wie die Kirche ihren Öffentlichkeitsauftrag wahrzunehmen habe, vgl. Martin GRESCHAT, *Kirche und Öffentlichkeit in der deutschen Nachkriegszeit (1945-1949)*, in: *Kirchen in der Nachkriegszeit. Vier zeitgeschichtliche Beiträge*, Göttingen 1979, S. 100-124.

muß in wissenschaftlichen Einzelstudien genauer untersucht werden.⁸⁷ Hier öffnet sich ein weites Feld für künftige zeitgeschichtliche Untersuchungen zum kultur- und geistesgeschichtlichen Profil der bundesdeutschen Gesellschaft.

⁸⁷ Anfänge dazu wurden am Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen mit dem einleitend erwähnten Forschungsprojekt ›Westernization‹ gemacht. So sind Studien zum Kongress für kulturelle Freiheit, zur Führungsriege des Springer-Konzerns, zu einem konservativen Elitenzirkel der Evangelische Kirche sowie zur Rolle von Remigranten in der SPD und den Gewerkschaften zur Zeit in Arbeit oder kurz vor dem Abschluß.